Nr. 293. **Die Presse.** 36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — **Anzeiger für Stadt und Land.**

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belegblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 20 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 25 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Sonnabend den 14. Dezember 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ewald Schwandt in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Politische Tagesschau.

Der Rücktritt Dr. Solfs bevorstehend.

Die schon seit längerer Zeit bestehende Unstimmigkeit zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, und den Vertretern der Unabhängigen im Rat der Volksbeauftragten haben sich derart zugespitzt, daß sich Dr. Solf nunmehr zur Einrichtung seines Abschiedsgesuches entschlossen hat. Wie die „Kreuzzeitung" erfährt, liegt das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs bereits vor. Ferner haben verschiedene andere nichtsozialistische hohe Beamten im Auswärtigen Amt ihren Abschied eingereicht, so die Herren v. Stumm und Dr. Kriege.

Die Gründe für den Rücktritt des schleswigschen Oberpräsidenten.

Der Rücktritt des Oberpräsidenten von Moltke hängt mit der Entwicklung zusammen, die die nordschleswigsche Frage in der letzten Zeit genommen hat. Die Haltung Moltkes ist durch seine Erklärungen, daß ein Verhandeln mit Dänemark völlig ausgeschlossen sei, derart festgelegt, daß an sein Verbleiben im Amt nicht mehr zu denken ist.

Arbeiterführer im Vertrauensrat des Evangelischen Oberkirchenrats.

Dem Vernehmen nach sind in den Vertrauensrat des Evang. Oberkirchenrats drei Arbeiterführer berufen worden. Es sind dies der Reichstagsabg. Franz Behrens, Vorsitzender des deutschnationalen Arbeiterkongresses, ferner Gewerkschaftssekretär Georg Streiter und Arbeitersekretär Rüffer. Alle drei gehören den christlichen Gewerkschaften an.

Für die Deutschnationale Volkspartei

wirbt folgender Aufruf: Unser Volk sehnt sich heraus aus der Zersplitterung der politischen Parteien. Darum fordern wir die bürgerlichen liberalen Kreise, die nicht zum „Berliner Tageblatt" (Deutsch-demokratische Partei) gehen wollen, auf, sich mit uns der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen und hier als Gruppe des vaterländisch gesinnten, freien Bürgertums zu wirken. Wir treten ein für Nationalstolz, Reichsgeltung in der Welt, privatwirtschaftliche Gesellschaftsordnung, sozialen Fortschritt, christliche Bildung und Freiheit der Überzeugung und bekämpfen jetzt als Hauptfeinde die nationale Würdelosigkeit, die Klassendiktatur, die Zwangswirtschaft und die Verwüstung unserer Schulbildung. Wir wollen nur Deutsche sein. Wir erhoffen zuversichtlich, daß unser Bestreben weithin Verständnis findet und bitten, die Zustimmungserklärungen an einen der Unterzeichneten zu richten: D. Traub, Pfarrer, Dortmund, Bismarckstraße 48, Dr. von Mangoldt, Lichterfelde, Theklastr. 12, Dr. Maurenbrecher, Weimar. Anmeldungen und sämtliche Mitteilungen erbitten wir an das Bureau von Dr. Schiele, Berlin SW. 11, Großbeerenstr. (Amt Nollendorf 4067). Geldsendungen an Bankkonto von D. Traub, Dortmund, Essener Kreditanstalt.

Die Vorstände der Gewerkschaften warnen.

Auf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften wurde nach einem Bericht des „Lokalanzeiger" an den Fehlern und an der Verschwendung der Arbeiterräte scharfe Kritik geübt. Insbesondere tadelte Robert Schmidt heftig ihre sinnlosen Eingriffe in das Verkehrswesen und die Nahrungsmittelversorgung. Verbandsvorsitzender Blum erzählte, daß in Cöpenick allein der öffentliche Sicherheitsdienst 2000 Mark pro Tag erfordert. Das macht für den Kopf der Bevölkerung allein für den Polizeidienst eine jährliche Belastung von über 30 Mark aus. Die Aussprache endete mit der Annahme einer Resolution gegen die Übergriffe der Arbeiterräte auf das Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Der Vollzugsrat

hielt Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, eine Sitzung ab. Ein Massenflugblatt, das sich gegen die planmäßige Behauptung, die Entente wolle die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen, richtet, wurde genehmigt. Der Vollzugsrat spricht den Soldatenräten prinzipiell das Recht zu, über die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrates zu entscheiden und behält den Genossen Bergmann als Beauftragten des Vollzugsrates.

Die Sozialisierungskommission

unter dem Vorsitz von Herrn Kautsky hielt am 12. Dezember eine Sitzung ab. In der Debatte wurde besprochen, in wie weit Gesellschaften in der Friedenszeit weiter erhalten werden können. Es wurde von verschiedenen Seiten festgestellt, daß man für die Übergangszeit in derartigen Instituten nicht wird auskommen können. Weiter verhandelt wurde die Frage der Stillegung der Betriebe.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Sonnabend wird im Kultusministerium eine, wie versichert wird, völlig unparteiisch zusammengesetzte Kommission ihre Arbeiten aufnehmen, deren Aufgabe es sein wird, den ganzen auf dem Gebiete der Trennung von Kirche und Staat vorliegenden Fragenkomplex zu erörtern und zu klären. Dem Kommissionsrat gehört auch eine Anzahl von Geistlichen an.

Gegen Adolf Hoffmann.

Der Koblenzer Arbeiterrat hat an die Reichsregierung Ebert-Haase folgendes drahtlose Telegramm gerichtet: „In großen Versammlungen des Rheinlandes wird die Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik angestrebt, was ein großes Unglück für die Einheit des Reiches bedeutet. Die Ursache liegt in den Maßnahmen und Bestrebungen des Kultusministers. Eine Einwirkung auf Hoffmann ist unbedingt erforderlich, da sonst die Gefahr der Lostrennung unausbleiblich ist."

Bildung eines Volksheeres.

Die Reichsleitung trägt sich, dem „Berl. Tagebl." zufolge, mit der Absicht, ein Volksheer zu bilden, das an die Stelle des früheren stehenden Heeres treten soll. Etwaige Beschlüsse über den Umfang der Wehr sind noch nicht gefaßt worden.

Ententekommissionen in Berlin.

Außer den bereits hier weilenden Entente-Abordnungen sind am Dienstag aus Spaa noch eine amerikanische und eine italienische Abordnung in Berlin einge[illegible] Adlon abgestiegen.

Die französische Herrschaft in Lothringen.

An amtlicher Stelle ist in Stuttgart ein Bericht von Flüchtlingen des Arbeiter- und Soldatenrates in Metz eingegangen, aus dem Folgendes hervorzuheben ist: In Metz und ganz Lothringen internierten die Franzosen alle männlichen Personen, deren Eltern nicht vor 1840 in Lothringen gewohnt haben. Soweit bekannt, sind allein von Metz 380 Offiziere und 6000 Mann nach Nancy geschafft worden. Die Franzosen haben dabei hinterlistige Mittel angewandt und einen Aufruf erlassen, wonach zu statistischen Zwecken sich alle Nichtlothringer im Hotel Terminus zu melden haben. Für Lebensmittel sorgen die Franzosen. Ein Nichtlothringer kann sich in Metz garnicht aufhalten. Die bekannten französischen Schimpfnamen wie „Boches" gellen ihm in den Ohren. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Sockeln unter Mithilfe der französischen Offiziere und Priester herunter gerissen worden. Nichtlothringer tun gut, sich nicht nach Lothringen zu begeben. Sechs Mitglieder des Soldatenrates wurden verhaftet.

Elsaß-Lothringen und Frankreich.

„Temps" meldet aus Straßburg: Der französische Ministerpräsident Clemenceau sprach beim Bankett im früheren Kaiserpalais von der vollzogenen Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich. Auch im neuen Staatswesen werde der wirtschaftliche Verkehr der Provinz mit Deutschland nicht behindert oder beschränkt werden. Die Hoh-Königsburg wurde von einem französischen Staatskommissar übernommen.

Die Stadtverwaltung Metz hat sich mit allen gegen eine Stimme für die sofortige Wiedervereinigung mit Frankreich erklärt.

Nach Meldungen aus Straßburg ist ein vorläufiges Zahlungsverbot nach Deutschland erlassen worden. Sieben Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates sind in Haft genommen und nach Frankreich gebracht worden.

Wirtschaftliches Abkommen zwischen Deutschland und der tschecho-slowakischen Republik.

Wie Wolffs Sächsischer Landesdienst von zuständiger Stelle erfährt, ist zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der tschecho-slowakischen Republik zur vorläufigen Regelung einiger besonders dringlicher wirtschaftlicher Fragen eine Vereinbarung getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll und durch die in keiner Weise irgendwie der Regelung einer zwischen den beiden vertragschließenden Teilen strittigen Frage in einem späteren Zeitpunkt vorgegriffen werden soll. Danach liefert Deutschland 15000 Tonnen Steinkohlen und Koks monatlich gegen 70000 Tonnen Braunkohlen, welche die tschecho-slowakische Republik zur Verfügung stellt. Die Beförderung der Kohlen hat tunlichst auf dem Wasserwege zu erfolgen. Ferner gestattet die tschecho-slowakische Republik die Ausfuhr beschränkter Mengen von Marmelade, Pflaumenmuß, getrocknetem Obst, Holz, sowie Hartblei. Deutschland liefert Maschinen, Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie unter gewissen Vorbehalten, ferner Chemikalien, soweit es die Befriedigung des inländischen Bedarfs zuläßt, sowie Kali für die Frühjahrsdüngung. Der Vertrag regelt endlich den wechselseitigen Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr über die Grenze.

Die Franzosen in Ofen-Pest.

Das Ungar. Tel. Korr.-Bur. meldet amtlich vom 11. Dezember: Im Laufe des heutigen Tages traf der erste größere Transport französischer Truppen, bestehend aus mehreren hundert Mann, am Ofen-Pester Westbahnhof ein.

Die Schuld am Kriege.

Die Welt wird, so schreibt der Pariser „Populaire", in einem Artikel über die Ursachen des Weltkrieges und die Entente-Machenschaften neuesten Datums Überraschendes erfahren, wenn wir uns eines Tages die von Clemenceau immer noch gewaltsam versagte Zensurfreiheit nehmen werden. Wir besitzen den Text eines französischen Geheimvertrages mit dem zaristischen Rußland und kennen neben gewissen Bestimmungen des Londoner Vertrages, deren Veröffentlichung Clemenceau und Lloyd George aus guten Gründen verweigerten, noch andere Abmachungen, die ein grelles Licht auf die Beteuerung werfen könnten, daß die Ententeregierungen stets nur die Opfer der deutschen Ränke gewesen sind. — Die Aussichten des Zustandekommens eines Kongresses der Sozialistenverbände aller Länder gelten in Paris für gering, weil Clemenceau und Lloyd George in der Preßfrage nicht anderen Sinnes geworden sind. Die Kammersozialisten setzen indessen unermüdlich ihre Bemühungen fort, für die Abhaltung eines internationalen Kongresses in öffentlichen Versammlungen Stimmung zu machen.

Der Beginn der Verhandlungen.

Die „Times" meldet: Die Vorfriedensverhandlungen der Alliierten in Paris unter Vorsitz Wilsons beginnen am 21. Dezember.

Erst Nationalversammlung, dann Frieden!

Laut Meldungen italienischer Blätter brachte Clemenceau auf den Londoner Beratungen den Antrag ein, den Beginn der Friedenskonferenz zu verschieben, um Deutschland Zeit zur Einberufung der Nationalversammlung zu lassen, da die Verbandsregierungen auf dem Friedenskongreß wissen müßten, mit wem sie verhandeln. Der Beginn der Konferenz ist nicht vor Neujahr zu erwarten.

Eine Versammlung im Pariser Gewerkschaftshaus

forderte Acht-Stundentag, Demobilmachung und allgemeine Amnestie. Die Pariser Zensur hat den Wortlaut der Resolution vollständig unterdrückt.

Die Verschuldung Englands.

Churchill sagte in einer Rede, die er in Dundee über die finanziellen Fragen hielt, u. a.: England sei an die Vereinigten Staaten schwer verschuldet. Es habe für 400 Millionen Gold und 800 bis 1000 Millionen Wertpapiere nach Amerika geschickt. Die Zinszahlung für die Schulden und der Zinsverlust für die Wertpapiere würden während der folgenden Jahre England eine sehr ernste Bürde auferlegen.

Lemberg von der Ukraine umzingelt.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" meldet das Ukrainische Bureau: Lemberg ist von allen Seiten von ukrainischen Streitkräften umzingelt. In der Stadt herrscht Hungersnot. Der Fall der Stadt Lemberg wird stündlich erwartet.

Die Engländer in Reval.

Havas meldet aus Paris: Die britische Flotte hat Reval besetzt. Infolge des Verlangens von Estland und Polen um Schutz vor dem Bolschewismus sind andere militärische Maßnahmen im Baltenland im Gange.

Der bolschewistische Bandenkrieg wütet weiter vor.

Wie die Presseabteilung der baltischen Lande in Kowno mitteilt, nähert sich der bolschewistische Bandenkrieg infolge des Abrückens der deutschen Truppen von Pleskau bereits Mittellivland. Für das Getreidegebiet, ohne das Riga vor Hunger stirbt, und um Riga selbst zu schützen, organisiert der deutsch-baltische Nationalausschuß in Riga Landeswehr-Kompagnien, die gemeinsam mit Truppen der deutschen Republik die bolschewistischen Einfälle zurückschlagen sollen. Zahlreiche wehrfähige Balten aus Deutschland, sämtliche baltischen Kriegsfreiwilligen der deutschen Armee und andere deutsche Freiwillige treten in diese Kompagnien ein, deren Meldestelle sich in Berlin, Marchstraße 4, und in Riga, Pester Realschule, Puschkin-Boulevard, befinden. Wird Riga nicht behauptet, so ist auch Kurland verloren und Ostpreußen in unmittelbarer Gefahr.

Verhaftungen in Sofia.

Einer Blättermeldung aus London zufolge berichtet ein verspätet eingetroffenes Telegramm aus Sofia, daß der Abgeordnete Dr. Christo Georgiew, ein Schwiegersohn Radoslawows, unter der Anschuldigung des Verrats und Betruges verhaftet wurde. Aus demselben Grunde sind General Naidenew, der unter Radoslawow Kriegsminister war, und der bulgarische Militärbevollmächtigte in Bukarest, General Pantilow unter Anklage gestellt.

Die deutschen Vorschüsse an die Türkei.

„Daily Mail" meldet aus Konstantinopel: Die Kontrolle der neuen Regierung im Finanzministerium hat ergeben, daß die Türkei während der vier Kriegsjahre von Deutschland insgesamt 2½ Milliarden Vorschuß in bar erhalten hat, für die irgendeine Deckung an Deutschland nicht gegeben war. — In Konstantinopel ist die befristete Forderung der Alliierten überreicht worden auf Auslieferung Enver-Paschas und der beiden früheren Großwesire.

Amerika gegen Annektion linksrheinischen deutschen Gebiets.

Der Korrespondent der „Telegraphen-Union" erfährt von unterrichteter amerikanischer Seite, daß Amerika unter keinen Umständen der Forderung Englands und Frankreichs auf Annektion von linksrheinischen deutschen Gebieten zustimmen werde. Die Vereinigten Staaten könnten angesichts des äußerst annektionistischen Gebarens ihrer kontinentalen Alliierten [illegible] keinen Fall der von England verlangten Abrüstung beipflichten.

Wilsons Nichtteilnahme an der Friedenskonferenz.

Die „Times" schreibt: Der Beschluß des Präsidenten Wilson, an der eigentlichen Konferenz nicht teilzunehmen, ist ein Zeichen der Rücksicht. Der große Einfluß des Präsidenten wird am besten bei den nicht formellen Beratungen zwischen den Alliierten, die der formellen Konferenz vorausgehen, zur Geltung kommen.

35 amerikanische Lebensmittelschiffe nach Europa unterwegs.

Wie aus Newyork telegraphiert wird, sind 35 mit Lebensmitteln beladene Schiffe nach Europa abgegangen.

Der „Cyklop" verschwunden.

Der „N. R. C." meldet aus Washington: Aus dem Jahresbericht des Ministers Daniels ist zu entnehmen, daß die amerikanische Marine

Behörde den Verlust des Kriegsschiffes „Cyklop" mit Mann und Maus anerkannt, der spurlos verschwunden ist und dessen Verschwinden wohl niemals aufgeklärt werden wird. Der „Cyklop" war ein Kohlenschiff von 19 700 To., das im Jahre 1910 abgeliefert wurde.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Dezember 1918.

— Kaiser Wilhelm II. hat, wie das „Berl. Tagebl." meldet, seinem zweiten Sohn Prinz Eitel Friedrich Vollmacht erteilt, ihn in allen Angelegenheiten des ehemals königlichen Hauses zu vertreten. Von Prinz Eitel Friedrich wurde allerdings in diesen Tagen noch in einer Meldung aus Zürich behauptet, daß er sich in der Schweiz aufhalte. — Der „Niewue Rotterdamsche Courant" erfährt, daß der Landsitz Belmonte bei Wageningen, der einer Gräfin Pückler gehört, als zukünftiger Wohnsitz für den früheren deutschen Kaiser und seine Familie hergerichtet wird.

— Die heute durch das Brandenburger Tor einziehenden Truppen wurden vom Volksbeauftragten Scheidemann mit einer Ansprache begrüßt.

— Die deutsche Vaterlandspartei zeigt ihre Auflösung an.

Düsseldorf, 11. Dezember. Die bisherigen Kölner Schnellzüge nach Berlin und Hamburg werden jetzt von Düsseldorf abgelassen. Auf der Düsseldorfer Rheinbrücke, die durch Stacheldraht gesperrt ist, sind die belgischen Wachen bis nahe an den rechtsrheinischen Ausgang vorgeschoben.

Provinzialnachrichten.

Hohensalza, 11. Dezember. (In der gestrigen Stadtverordnetensitzung) widmete der Vorsitzer dem Stv. Konditoreibesitzer Rommel, der bei den Unruhen auf bisher noch unaufgeklärte Weise den Tod fand, einen Nachruf. Für den Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises wurden 10 000 Mark bewilligt. Die aus dem Felde zurückkehrenden Garnisontruppen sollen auf dem Bahnhof festlich empfangen und bewirtet werden. Zu diesem Zweck bewilligte die Versammlung 3000 Mark. Durch die Unruhen haben verschiedene Kaufleute schweren Schaden erlitten und an die Stadt wegen Schadenersatz sich gewendet. Die Versammlung beschloß, den Antrag einem Ausschuß zu überweisen. Der über die Stadt verhängte Belagerungszustand dürfte voraussichtlich morgen aufgehoben werden.

Posen, 12. Dezember. (Der polnische Volksrat und der Heimatschutz.) Das Kommissariat des obersten polnischen Volksrats in Posen hat an den Unterstaatssekretär von Gerlach ein Telegramm gerichtet, in dem es darauf aufmerksam macht, daß trotz aller Vorstellungen das 2. und das 6. Armeekorps Abteilungen des Heimatschutzes in polnische Grenzgebiete schicken. In Wittkowo wurde die Militärdiktatur proklamiert. In Stettin wurden Soldaten polnischer Herkunft ausgehalten. In einer Mitteilung an die Presse sagt das Kommissariat weiter, daß das Verhalten des Heimatschutzes reaktionäre, gegenrevolutionäre und antipolnische Tendenzen verfolgen. Unterstaatssekretär v. Gerlach antwortete hierauf, daß er aufgrund des Berichts über Wittkowo gestern beim Ministerium allgemeine Anwesenheit von Offizieren im Osten beantragt habe. Im Anschluß an diese Antwort hat das Kommissariat an die Bevölkerung die Mahnung gerichtet, ihre Rechte zu verteidigen, jedoch Ruhe und Ordnung zu bewahren.

Lokalnachrichten.

Thorn, 13. Dezember 1918.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) sind aus unserem Osten: Pionier Otto Tietz aus Tauer, Landkreis Thorn; Gefreiter Hermann Feldtke aus Culmsee, Landkreis Thorn.

— (Die Versteuerung der Steuerkarten von Automaten und Musikwerken,) die öffentlich aufgestellt sind, muß spätestens bis zum Ablauf des Januars 1919 bei der zuständigen Zollstelle bewirkt werden.

— (Die Sicherheit der Kriegsanleihen.) Angesichts der starken Kursrückgänge an der Börse hat sich das Publikum vielfach zu Angstverkäufen in Kriegsanleihe verleiten lassen. Auf Anfrage an zuständiger Stelle erfahren wir, daß zu irgendwelchen Beunruhigungen nicht der geringste Anlaß vorliegt. Die Reichsregierung wird unbedingt an den Zusagen festhalten, die den Zeichnern der Kriegsanleihen früher und jetzt gegeben worden sind. Die Sicherheit der Kriegsanleihen ist unter allen Umständen verbürgt, die pünktliche Zinszahlung ebenso unbedingt gewährleistet. Die erste und wichtigste Aufgabe der kommenden Steuergesetzgebung im Reiche wird die Aufbringung und Sicherstellung der Mittel sein, die der Zinsendienst der Kriegsanleihen erfordert. Die Regierung ist sich aber auch bewußt, daß dem unberechtigten Kursrückgang Einhalt getan werden muß. Gegenwärtig schweben Verhandlungen darüber, mit welchen praktischen Mitteln der Rückstrom der Kriegsanleihen eingedämmt werden kann. Diese Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß. Die Bekanntgabe weittragender Maßnahmen, die für die weitesten Kreise des deutschen Wirtschaftslebens von besonderer Bedeutung sind, ist bereits in den nächsten Tagen zu erwarten. Es kann also nur auf das allerdringendste davon abgeraten werden, Kriegsanleihe zu einem weit unter dem Emissionspreise liegenden Kurse zu verkaufen. Die Besitzer von Kriegsanleihen seien darauf hingewiesen, daß die Kriegsanleihen bereits jetzt bei der Entrichtung der Kriegssteuer und beim Ankauf von Heeresgerät zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen werden. Diese Bevorzugung der Kriegsanleihen wird aller Voraussicht nach auf weitere Steuern, insbesondere auch auf eine Vermögensabgabe, ausgedehnt werden. Wer also jetzt zu niedrigem Preise verkauft, schädigt sich selbst in empfindlicher Weise, indem er sich um den Vorteil bringt, den die Inzahlunggabe von Kriegsanleihe bei der Entrichtung von Steuern und bei Ankäufen aus öffentlichen Beständen gewährt.

— (Bund der aktiven Militäranwärter.) Am 11. d. Mts. fand in Graudenz eine Delegiertenversammlung der Vereinigungen aktiver Militäranwärter und Kapitulanten des 17. A.-K. statt. Im Verlaufe der Versammlung wurde nach Übereinkunft der anderen Armeekorps eine Korps-Vereinigung gebildet, deren Zentrale in Danzig ist. Als Delegierter des 17. A.-K. wurde der 1. Vorsitzer der hiesigen Vereinigung der aktiven Unteroffiziere, Flugzeugführer Feldwebel Hundt einstimmig gewählt. Sämtliche Korps-Delegierte finden sich nun am 15. und 16. Dezember in Leipzig zu einem Delegiertentag ein, um den endgiltigen Zusammenschluß zum Bund der Aktiven zu bewerkstelligen. Über das Ergebnis des Delegiertentages in Leipzig wird von Herrn Hundt noch berichtet werden.

— (Übertragung von Malzkontingenten der Bierbrauereien.) Entsprechend den Anträgen der Brauereivertreter ist unter Abänderung der im norddeutschen Brausteuergebiet erlassenen Bestimmungen für Malzkontingente von Bierbrauereien bei Übertragungen, die für das Kontingentjahr 1918/19 oder einen kürzeren Zeitraum erfolgen, ein Preis bis zu 200 Mark und bei dauernden Übertragungen vom 1. Oktober 1918 ab, wenn von der Belieferung noch nichts verwendet ist, ein Preis bis zu 90 Mark für den Doppelzentner Malz zugelassen worden. Zugleich ist die Gebühr, welche die Reichsgetreidestelle, Kontingentsstelle, bei Kontingentübertragungen zu erheben berechtigt ist, für Jahresübertragungen auf 50 Pfg. und für dauernde Übertragungen auf 1 Mark für den Doppelzentner ermäßigt worden. Ferner ist der Mälzungslohn, der bei Mitveräußerung von in eigener Mälzerei hergestellten Malzen berechnet werden darf, auf 12 Mark für 100 Kilogramm erhöht worden.

— (Die Geschlechtskrankheiten) haben während des Krieges einen ungeheuren Umfang angenommen, sodaß eine allgemeine Verseuchung unseres Volkes zu befürchten steht. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Erkrankten, ärztliche Hilfe bis zur völligen Heilung in Anspruch zu nehmen, da er sonst in erster Linie seine ihm gewiß lieben und teuren Angehörigen in die größte Gefahr bringt. Die hiesige, von dem Kreisarzt Medizinalrat Dr. Witting, Waldstraße 15, geleitete Beratungsstelle ebnet unentgeltlich die Wege zur ärztlichen Behandlung aller Geschlechtskranken, die der Invalidenversicherung unterworfen sind, sowie deren Frauen und Kindern, ferner den bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Versicherten, den bei der Pensionskasse der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft Versicherten und den aus dem Heeresverbande entlassenen Kriegsteilnehmern obiger Personenkreise. Es ist erforderlich, daß Quittungskarten und sonstige Ausweise in die Sprechstunde Montags von 12—1 Uhr mitgebracht werden.

— (Radfahren wieder erlaubt!) Alle Beschlagnahmen von Fahrrädern, Gummi usw. sind aufgehoben worden, sodaß der Fahrradverkehr nunmehr von jeder Einschränkung wieder befreit ist. Man kann wieder überall Radfahren.

— (Versammlung der Offiziere und oberen Militärbeamten.) Am Donnerstag fand im großen Saal des Artushofes eine Versammlung von aktiven und inaktiven Offizieren jeder Gattung und oberen Militärbeamten statt, um über Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu beraten. Herr Oberstleutnant Starck hielt eine Ansprache, in der er ausführte, daß die veränderte Zeit es nötig gemacht habe, daß auch das Offizierkorps sich zusammenschließe. Politik solle dabei ausgeschlossen sein. Die jüngeren Herren würden sich leichter in einen Wechsel des Berufs finden, bei den älteren halte die Romantik der „Grenadiere" vor der nüchternen Wirklichkeit nicht stand. Die Organisation diene einer vierfachen Aufgabe: die gemeinsamen Interessen in Gehalts-, Pensionierungsfragen usw. bei den gesetzgebenden Körperschaften zur Geltung zu bringen; zur Erleichterung des Berufswechsels besondere Lehrgänge auch für Frauen einzurichten; Schaffung von Einkaufs- und Konsumgenossenschaften; Beratung und Auskunftserteilung sowie Vermittlung des Verkehrs mit Behörden. Die Versammlung, die sehr zahlreich war, beschloß den Zusammenschluß. Ob die Militärbeamten sich anschließen werden, ist fraglich, da Neigung besteht, sich der großen anderthalb Millionen Mitglieder zählenden Beamtenvereinigung anzugliedern. Es wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuß gewählt, bestehend aus Frau Ribbentrop, Frau Kipping, Frau von Jominet, Fräulein von Gregory, Oberintendantursekretär Graupner, Zeughauptmann Zehrt (für Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbau-Offiziere), Leutnant Zimmermann und Nortenius (für die Offiziere des Beurlaubtenstandes), Oberstleutnant Klein, Major Tamms, Hauptmann Thomas (für die aktiven und inaktiven Offiziere). Ein Vertreter der Sanitätsoffiziere, die außer Oberstabsarzt Dr. Janz außerhalb Thorn weilen, wird später gewählt werden. Die Herren Kriegsgerichtsrat Zorn und Herzog haben sich bereit erklärt, Auskunft in Rechtsfragen zu erteilen. Es soll Anschluß an den deutschen Offizierbund gewonnen werden.

— (Mitgliederversammlung der deutsch-nationalen Volkspartei.) Im großen Saale des Schützenhauses fand gestern eine gut besuchte Mitgliederversammlung der deutschnationalen Volkspartei statt. Staatsanwalt Bennecke eröffnete die Versammlung und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Da die Wahlen zur Nationalversammlung mit möglichster Beschleunigung vollzogen werden dürften, sei es nötig, daß jeder sich schlüssig werde, wo und wie er zu stehen hat. Auch die deutsch-nationale Volkspartei bedürfe zu ihrer Agitation reichlicher Geldspenden. Jede Gabe sei willkommen, auch kleine Mittel müssen Großes wirken. Bezüglich der Agitationsversammlungen bemerkt Mittelschullehrer Paul, daß die Deutsch-Nationalen mit der demokratischen Partei zusammenarbeiten wollten. Sollte es aber zu weiteren verhetzenden Angriffen kommen, wie in der demokratischen Versammlung am Sonnabend, so werde man es an der gebührenden Antwort nicht fehlen lassen. Die Zeit sei zu ernst, um solche unfeine Agitationsmittel zu gebrauchen. Staatsanwalt Bennecke hob hervor, daß wir unsererseits die Agitation mit Mäßigung führen wollen. Unser Ziel ist, das gemeinsame Vaterland zu stärken und zu heben. Alsdann wurde zur Tagesordnung übergegangen und als erster Punkt die Vorstandswahl vorgenommen. In den engeren Vorstand, der aus 9 Personen besteht, wurden durch Zuruf gewählt: Frl. Dumensee, Frl. Jahnke, Frau von Thadden, Geschäftsführer Misdalski, Buchdruckermeister Allmann, Konditor Bach, Mittelschullehrer Paul, Buchdruckereibesitzer B. Dombrowski und Staatsanwalt Bennecke. Der Vorstand verteilt die einzelnen Ämter unter sich. Außerdem wurde noch ein weiterer Ausschuß von 27 Mitgliedern gewählt, der dem Vorstand bei schwierigen Fragen zur Seite stehen soll. Bei den Organisationsfragen wurde beschlossen, zunächst folgende drei besonderen Arbeitsausschüsse zu bilden: 1. einen Frauen-Ausschuß, 2. einen Werbe-Ausschuß und 3. einen Finanz-Ausschuß. Die Damen und Herren, die den Ausschüssen angehören, haben das Recht, die Mitgliederzahl ohne Beschränkung der Zahl zu erweitern. Die nächste Aufgabe ist, die Parteiorganisation auf dem Lande auszubreiten, wo möglichst überall Ortsgruppen gegründet werden müssen. Frau Kallweit, Mitglied des Werbe-Ausschusses, erklärt sich bereit, für Flugblätter 10 000 Bogen zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß teilte Staatsanwalt Bennecke mit, daß von dem Arbeitsausschuß der deutsch-nationalen Volkspartei nach Danzig für den Wahlkreis Westpreußen eine Versammlung der Vertreter der Kreisgruppen einberufen ist. Aus Thorn werden daran teilnehmen Staatsanwalt Bennecke, Lehrer Paul und Rechtsanwalt Hoffmann. Die Delegierten beabsichtigen, dagegen aufzutreten, daß solche Versammlungen für die ganze Provinz immer in Danzig und nicht in einer zentraler gelegenen Stadt abgehalten werden, und gedenken Graudenz oder Marienburg vorzuschlagen, damit den Vertretern aus dem Süden der Provinz die Reise leichter gemacht wird. Die Versammlung schloß gegen 9 Uhr nach Einzeichnung von zahlreichen neuen Mitgliedern.

— (Die nächsten Versammlungen der deutsch-nationalen Volkspartei) finden am Sonntag in Rudak, abends 7 Uhr, bei Immanns und am Dienstag, abends 5½ Uhr, für die Thorner Stadtniederung im Jankeschen Kruge zu Zalesie Boze statt.

— (Die Silberhochzeit) feiert am 14. Dezember das Spalding'sche Ehepaar.

— (Thorner Wochenmarkt.) Da die Wege verschneit, war der heutige Markt fast leer; nur fünf Stände waren vorhanden, darunter ein Wagen mit Weißkohl. Ein Kopf von Mittelgröße kostete 40 Pfg., rote Rüben 30 Pfg. das Pfund. Infolgedessen waren die Fischstände stark umlagert, sodaß der kleine Vorrat schnell abgesetzt war.

— (Der Polizeibericht) verzeichnet heute keinen Arrestanten.

— (Gefunden) wurde eine schwarze Handtasche und ein Portemonnaie mit Inhalt.

— (Von Wetter und Weichsel.) Gestern hatte Thorn über 6 Grad C. Kälte. In der Nacht trat ein starker Schneefall ein, der Schneeschippen zur Wegebahnung nötig machte. Das Thermometer zeigte morgens 5 Grad. Es scheint, daß wir weiße Weihnachten haben werden. Auf der Weichsel herrscht mäßiges Eistreiben.

Oeffentliche Versammlung der Katholiken in Thorn.

Ein Ausschuß katholischer Männer und Frauen von Thorn und Umgegend hatte Donnerstag Abend im „Tivoli"-Saale eine öffentliche Versammlung veranstaltet, die von weit über tausend Personen, darunter vielen Frauen, besucht war. Professor Hirschberg, von der Versammlung zum Leiter bestimmt, übernahm den Vorsitz mit dem Wunsche, daß der Abend auch einiges beitragen möge zum Wohle unseres darniederliegenden Vaterlandes und zum Heile der bedrohten katholischen Kirche. Den ersten Vortrag hielt alsdann Generaloberarzt Dr. Musehold über das Thema: „Die politische Lage und die Katholiken". Er leitete seine Ausführungen mit einem kurzen Abriß der Geschichte des Zentrums ein und führte u. a. aus: Es ist notwendig, daß man sich angesichts der drohenden Trennung von Kirche und Staat die Folgen des Kulturkampfes der 1870er Jahre klar vor Augen hält. Sobald der Abbau der Kulturkampfgesetze begonnen, bewies das Zentrum, daß es gesonnen war, an den großen politischen Aufgaben des Vaterlandes mitzuarbeiten. Die Schutzzollpolitik Bismarcks, ohne die wir in diesem Kriege längst verhungert wären, wurde nur durch die Unterstützung des Zentrums ermöglicht. Weiter erwähnte Redner das Eintreten des Zentrums für die Arbeiter- und Sozialpolitik, um darauf hervorzuheben, daß es ihm durchweg gelungen sei, die widerstreitenden Meinungen und Gegensätze der verschiedenen politischen Parteien in seinem Schoße auf der Mittellinie auszugleichen. Die Bedeutung des Zentrums, das die Interessen aller Stände zu einem gerechten Ausgleich bringen will, beruhe auf der einheitlichen Weltanschauung des Christentums, in der Verwerfung jeder selbstischen Triebe. Die Grundsätze der Partei seien der neuen Zeit schon angepaßt, soviel Demokratisches und Volkstümliches stecke in ihnen. Von den bürgerlichen Parteien habe das Zentrum am wenigsten umzulernen. Es trete auch in Zukunft für den Bundescharakter des Reiches ein, es bekämpfe dagegen alle zentralistischen Bestrebungen. Daß die Zentrumspartei stark freiheitlich gesinnt sei, habe sie oft genug bewiesen. Sie sei eine ausgesprochene soziale Partei. Die vom Zentrum getriebene Sozialpolitik und die organisierte Arbeit sei eine Blüte christlichen Geistes. Aus dem Gesagten gehe hervor, daß das Zentrum berechtigt sei, sich „Christlich-demokratische Partei" zu nennen. Ihre Grundsätze seien bereits der neuen Zeit angepaßt worden. Im weiteren gab Redner eine Kennzeichnung der Ziele der Sozialdemokratie, sich dabei des näheren mit den verschiedenen Gruppen: Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Spartakus-Gruppe, beschäftigend. Die Vorgänge der letzten Zeit haben — so fuhr Redner fort — gezeigt, daß die neuen Gewalthaber Herren der Zucht und Ordnung nicht sind. Deutschland ist von Anarchie und Hungersnot bedroht. Wir brauchen eine Regierung, die von dem Willen des gesamten Volkes und nicht von einer Klasse getragen ist, die Kraft und Beständigkeit hat. An uns liegt es, jetzt alle Kräfte aufzubieten, um weiteres Unheil abzuwenden und das darniederliegende Vaterland wieder aufzubauen. Brüderlich will das Zentrum an diesen Aufgaben mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzer stattete dem Redner für seinen lichtvollen Vortrag noch besonderen Dank ab.

Hierauf sprach Pfarrer Gollnick über: „Trennung von Kirche und Staat", wobei er u. a. ausführte: Die innere Umwälzung in Deutschland ist im allgemeinen ohne das sonst bei Revolutionen übliche Blutvergießen und ohne gewaltsame Erschütterungen des öffentlichen Lebens vor sich gegangen. Wenn man sich mit dem sozialistischen Volksstaat abgefunden hat, so trug dazu 1. die Erkenntnis bei, daß das alte Regierungssystem an der verfehlten äußeren Politik, wenn auch nicht die Schuld trägt, so doch tatsächlich versagt hat; 2. es der internationalen Sozialdemokratie gelingen würde, unsere Feinde zu erträglichen Friedensbedingungen zu bestimmen, — Hoffnungen, die sich aber nicht erfüllt haben; 3. die Überzeugung, daß in wirtschaftlicher Beziehung die Programmpunkte der sozialistischen Regierung, sofern sie nicht in maßloser Form vertreten werden, eine gewisse Berechtigung haben. Zu den Eingriffen der neuen Regierung in das christlich-religiöse Gebiet übergehend, bemerkte der Redner: Wir werden diese Welt doch niemals zu einem Paradiese umgestalten, desto mehr zieht es uns ins Jenseits. Deshalb sagen wir aber auch, wenn man die Kirche antasten will: „Hände weg!" Das ist unser heiligstes, unser kostbarstes Besitztum. Trotz der Beschwichtigungsversuche seitens des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Frage der Trennung von Kirche und Staat beweisen aber die neuesten Erlasse über Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht, betreffend den Religionsunterricht, das Schulgebet usw., daß die Trennung bereits eingesetzt hat. Die weiteren Ausführungen galten der Beantwortung der beiden Fragen: 1. Wie soll das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sein, und wie war es?; 2. Welche Änderung ist zu erwarten, und wie stellt sich das Zentrum dazu? Redner skizzierte dabei zunächst den Begriff von katholischer Kirche und Staat, um bei Betrachtung des heutigen Verhältnisses zwischen beiden hervorzuheben, daß dieses zwar annehmbar und erträglich und für beide Teile nutzbringend, aber nicht vollkommen ist. Wenn man erklärt, daß der Staat nichts mehr von der Kirche verlangt, die Kirche aber auch nichts vom Staate verlangen dürfe, so halte das Zentrum demgegenüber fest an der Erklärung des heiligen apostolischen Stuhles, der das Zusammengehen von Kirche und Staat verlangt. Den Satz: „Religion ist Privatsache" unterschreiben die Katholiken nur insofern, als sie sagen: Für seine religiöse Überzeugung hat jeder selbst einzustehen. Das Zentrum tritt für Anwendung der religiösen Grundsätze auch im öffentlichen Leben wie im internationalen Verkehr der Völker ein. Zu den blödesten Schlagwörtern der heutigen Zeit gehöre es, daß man Religion nicht mit Politik verquicken solle. Hätte man mehr Religion in der Politik getrieben, so stände es besser um uns, und der Welt wäre das grausige Schauspiel des Weltkrieges erspart geblieben. Redner glaubt kaum, daß man die Trennung von Kirche und Staat würde abwenden können; denn Anhänger derselben befinden sich nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern bis tief hinein in die linksstehenden bürgerlichen Parteien. Es gilt deshalb für alle Katholiken, Vorsorge zu treffen, daß man nicht überrascht wird, daß die Trennung wenigstens in einem Geiste und in einer Form geschieht, daß sie erträglich ist. Deshalb protestiert das Zentrum 1. gegen eine voreilige Trennung vor der Nationalversammlung, 2. gegen eine einseitige ohne Anhörung der Kirche und 3. gegen eine ungerechte, welche die materiellen und ideellen Rechte der Kirche antastet. Im Viktoriasaal (bei der sozialdemokratischen Versammlung am 28. November. Die Schriftltg.) sei das Wort gefallen: Der Staat kann ohne Kirche leben, aber die Kirche nicht ohne Staat. Die Geschichte der katholischen Kirche beweise, daß sie auch ohne den Staat und für sich allein bestehen kann, da sie gestellt ist auf ein Fundament, das Gott selbst gesetzt hat. Die katholische Kirche wird deshalb jeden Sturm, der auch kommen möge, überdauern. (Bravorufe und anhaltendes Händeklatschen.)

Professor Hirschfeld dankt dem Redner und bemerkt zu den Ausführungen, daß das Zentrum die einzige Partei sei, die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf ihr Programm geschrieben hat. (Hört, hört!) Die deutschnationale Partei, die dem Zentrum noch am nächsten stehe, habe zwar in ihrem Aufruf von ihrem Eintreten für ein lebensvolles Christentum gesprochen; in den 16 Richtlinien sei aber von dem Verhältnis von Kirche und Staat keine Rede, das Wort Christentum komme nicht mehr vor. Deshalb hätte wohl auch der Hauptredner in der deutsch-nationalen Gründungsversammlung zu diesem Thema nichts mehr zu sagen gehabt. Bei der Aussprache sei eine Frau aufgetreten und habe erklärt: Die Frauen schließen sich der Partei an, die auf Religion hält. Erhebend sei für ihn die freudige Zustimmung gewesen, die dieses Wort gefunden, und die davon überzeugte, daß das Christentum noch in Achtung steht. Der Redner schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich der Zentrumspartei anzuschließen, die dafür eintrete, daß Religion nicht aus Kirche und Schule verschwinden solle.

Im dritten Vortrage, gehalten von Fräulein Lettan, wurde die Bedeutung der Frau für die kommenden Wahlen behandelt. Die Sprecherin, die einleitend ein Bild unserer gegenwärtigen Lage nach außen und nach innen entwirft, weist dabei insbesondere auf den moralischen Tiefstand unseres Volkes hin. Schmachvoll und entmutigend für uns und unsere Nachkommen sei es, daß in den Tagen der bittersten Not unsere Jugend zum Tanz geht. Doch es gelte jetzt, stark zu sein, nicht zu jammern und zu klagen, der weiteren Entwickelung der Dinge nicht untätig zuzusehen, sondern überall durch fleißige Arbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes helfend einzugreifen. Die Not der Zeit rufe die Frauen auf den Schauplatz des öffentlichen Lebens. Plötzlich und unerwartet sieht sich die deutsche Frau vor neue Aufgaben gestellt. Jetzt heißt es für sie, mit ganzer Seele den Ereignissen Rechnung zu tragen, sich politisch zu schulen und sich hineinzulegen in die politischen Ereignisse. Dazu gehört, daß die Frauen Anteil am öffentlichen Leben nehmen, wodurch sich ihr Gesichtskreis erweitern wird. Die Frauen müssen bedenken, daß ihre Stimmen bei der Wahl zur Nationalversammlung das Zünglein an der Wage bilden werden, denn Deutschland zählt bekanntlich drei Millionen Frauen mehr als Männer. (Die hierbei von einer Dame fallende Bemerkung: Leider Gottes! ruft große Heiterkeit hervor.) Das Wohl und Wehe des ganzen Volkes hängt von dem Ausfall der kommenden Wahlen ab. Die Frauen müssen zu ihrer politischen Orientierung Fühlung und Zusammenhang mit Männern suchen, von denen sie wissen, daß sie die von ihnen anerkannten Grundsätze im öffentlichen Leben vertreten. Weiter ist es notwendig, die so gewonnene politische Überzeugung weiter zu verbreiten. Von der Sozialdemokratie muß die bürgerliche Frau lernen, was politische Anteilnahme heißt und was man damit zu erringen vermag. Nur die schnellste Einberufung der Nationalversammlung kann uns vor dem Schlimmsten bewahren. Es ist Pflicht für jede Frau, mit Hand anzulegen an den neuen ihr zugewiesenen Aufgaben. Darum, Ihr Frauen: Rüttelt die Säumigen auf, stärkt das Verantwortungsgefühl der Gleichgiltigen! Die katholischen Frauen müssen sich sammeln, sie müssen einen

festen Block bilden in dem katholischen Frauenbunde Deutschlands. Gott hat uns gerufen, er wird uns auch helfen. (Lebhafter Beifall.)

Der **Vorsitzer**, der auch dieser Rednerin für ihre warmen Ausführungen dankt, betont hierbei, daß es an den Katholiken liegt, die Schlußfolgerungen aus dem in den drei Vorträgen Gehörten zu ziehen und sich der Zentrumspartei anzuschließen, damit hier eine starke Ortsgruppe ins Leben treten kann. Redner verliest hierauf aus der „Kölnischen Volksztg.", dem katholischen Organ des Westens, einen Aufsatz über die Umgestaltung des politischen Parteiwesens. Die Zentrumspartei bilde den Sammelpunkt für alle gläubigen katholischen und evangelischen Christen. Im Anschluß an den zur Verlesung gebrachten Programm-Entwurf des Zentrums weist Redner noch einmal mit Nachdruck darauf hin, daß die Zentrumspartei die erste deutsche Partei gewesen ist, die für Arbeiterschutzgesetze und die Sonntagsruhe eintrat. Sie wurde seinerzeit dieserhalb verlacht. Und später sind die Anträge dieser Partei die Grundlage für den Ausbau aller sozialpolitischen Gesetze geworden. Lehrer **Stenzel** bezeichnet es bei Erörterung der von dem preußischen Revolutions-Ministerium unternommenen religionsfeindlichen Maßnahmen als gefährlichen Irrtum, wenn man annehmen wollte, die Einheitsschule wäre ein Phantom. Sie komme bestimmt, und deshalb müssen die Katholiken dafür sorgen, daß für die kommende Schule der Religionsunterricht weiter erteilt wird. Die geistliche Ortsschulaufsicht, deren Aufhebung bereits verfügt worden, habe in früheren Zeiten Gutes geleistet. In den letzten Jahren sei indes nach der Meinung des überwiegenden Teils der katholischen Lehrerschaft das gute Einvernehmen zwischen Schule und Kirche, zwischen Lehrern und geistlicher Ortsschulaufsicht durch letztere leider nicht gefördert, sondern untergraben worden. Redner erbittet am Schluß seiner beifällig aufgenommenen Ausführungen Auskunft über die Stellungnahme der Zentrumspartei zu den beiden erörterten Fragen. Pfarrer **Gollnick** sagt in Verfolg der Anregung des Herrn Stenzel für die in Kürze stattfindende geschlossene Mitgliederversammlung der neugegründeten hiesigen Ortsgruppe des Zentrums einen Vortrag über das Thema „Kirche und Schule" zu. — Hiermit erreichte die Versammlung nach zweistündiger Dauer um ½10 Uhr ihr Ende.

Liebesgaben für unsere Truppen.

Es gingen weiter ein:

Sammelstelle bei Frau Kommerzienrat Dietrich, Breitestraße 35: Durch Justizrat Warda in der Sühnesache Lewandowski—Strazewski 40 Mark.

Mannigfaltiges.

(**Eine Riesenunterschlagung bei S. Bleichröder.**) Der langjährige Angestellte des Berliner Bankhauses S. Bleichröder und Verwalter des Banktresors, Richard Gericke, ein Mann von ungefähr 60 Jahren in guten Verhältnissen und glücklicher Familienvater, als nüchtern und zurückhaltend bekannt, hat einem Lebejüngling Millionen zugestellt, um ihm Spekulationen in Sekt, die Unterhaltung eines Rennstalles, die Gründung zweier Bildergalerien und anderen Aufwand zu ermöglichen, obgleich dieser, namens Stempel, wegen geistiger Minderwertigkeit aus dem Heere entlassen war. Eine Revision bei der Bank ergab, daß Gericke 4 700 000 Mark in Kriegsanleihen aus dem Tresor entwendet hatte. Der Beweggrund für sein Handeln ist nicht aufgeklärt; seine Vermögensverhältnisse haben sich nicht verändert, an den Gewinnen des jungen Stempel aus Spekulationen, Rennwetten und Rennpreisen ist er nicht beteiligt gewesen. Auch Stempel hat keine Aufklärungen gegeben.

(**Eine größere Bande von Eisenbahndieben verhaftet.**) Dem Sicherheitsdienst des obersten Marineamts Ober-Elbe ist es gelungen, auf dem Güterbahnhof Hamburg-Veddel etwa 50 Militär- und Zivilpersonen, die Güterwagen erbrochen und Lebensmittel, Spirituosen u. s. w. entwendet hatten, zu verhaften und Untersuchungsrichter vorzuführen.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlen in Preußen.

Berlin, 13. Dezember. Die preußische Regierung hat bestimmt, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Preußen acht Tage nach den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung stattfinden sollen.

Zur Ausschaltung des Reichstages.

Berlin, 13. Dezember. In einem am 12. d. Mts. von dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach an die Reichstagsabgeordneten gerichteten Schreiben wird unter Hinweis auf die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde, die dahin lauten, daß sie der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des Außenreiches, den Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen, ausgeführt, daß zu der Durchführung einer legitimen Regierung des deutschen Reiches sowohl als auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, da die Not der Zeit ein weiteres Warten verbietet, auch ohne Zustimmung der Regierung der Reichstag vorbehaltlich der Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung einberufen werden kann. Dieses Schreiben ist auch dem Rate der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Fehrenbach hierauf erwiderte, daß die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, jeder Begründung entbehrt. Die Behauptung ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Lage der gegenwärtigen Regierung in den irrigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben.

Sieg der Don-Kosaken über die Bolschewisten.

Kiew, 13. Dezember. Zeitungsmeldungen zufolge erfochten die Don-Kosaken bei Nowochopersk, Bezirk Woramsch, einen bedeutenden Sieg über die Bolschewiki. In dem zweitägigen Kampfe wurden 11 000 Gefangene gemacht und 21 Geschütze erbeutet.

Berliner Börse

vom 12. Dezember.

Wenn auch im allgemeinen im heutigen Börsenverkehr eine feste Grundstimmung nicht zu verkennen war, gestaltete sich die Kursbewegung noch nicht einheitlich, da in verschiedenen, in letzter Zeit erheblich gestiegenen Werten Realisierungen vorgenommen wurden. In erster Linie wurden hiervon chemische Werte betroffen, so stellten sich Elberfelder Farben und Badische Anilin niedriger. Auch Schiffahrtsaktien gaben nach. Demgegenüber standen aber Besserungen in Bergwerks- und Hüttenaktien, von denen Phönix sogar 7 Prozent gewannen. Auch Deutsche Waffen und Rheinmetall waren bemerkenswert gebessert. Im späteren Verlaufe gewann die feste Stimmung an Umfang, sodaß nicht nur weitere Steigerungen der anfänglich erhöhten Werte erfolgten, sondern anfänglich Abschwächungen zumteil wieder gut gemacht wurden. Am Anleihemarkt unterlag die Kursbewegung nur mäßigen Schwankungen. Gegen Schluß blieben die höchsten Kurse nicht voll behauptet. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Werte stellten sich gegen gestern vielfach niedriger. Deutsche Anleihen waren auf Deckungen gebessert.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

Für telegraphische Auszahlungen	a. 12. Dezemb. Geld	Brief	a. 10. Dezemb. Geld	Brief
Holland (100 Gld.)	364,—	364,50	349,—	249,50
Dänemark (100 Kronen)	220,50	221,—	206,50	207,—
Schweden (100 Kronen)	248 25	248,75	235,25	235,75
Norwegen (100 Kronen)	236,75	237,25	220 75	221,25
Helsingfors (100 finn. Mk.)	79,25	77,75	76 25	76,75
Schweiz (100 Francs)	177,75	178,—	166,75	167,—
Oesterreich-Ungarn (100 Kr.)	53,25	54,05	53,85	54,05
Konstantinopel	—,—	—,—	—,—	—,—
Spanien (100 Pesetas)	136,—	137,—	136,—	137,—

Berliner Produktenbericht

vom 12. Dezember.

Die milde Witterung hält an, doch werden die Feldarbeiten durch die Nässe und Feuchtigkeit stark behindert. Eine Belebung des hiesigen Produktenverkehrs ist nicht eingetreten, da die Zufuhren durch die schwierigen Verkehrsverhältnisse erschwert werden. Von Heu kommt indessen noch manches heran und kann infolge Aufhebung der Sperre in vielen Kreisen dem freien Handel in reichlichem Maße zugeführt werden, was inanbetracht des Uebergangs zahlreicher Heerespferde in Privathände außerordentlich zu begrüßen ist. Stroh ist knapper. Als Ersatzstroh wird Hülsenfruchtstroh und Rapsstroh zu kaufen gesucht. Im Handel mit Sämereien und im Verkehr mit Rüben ist nichts neues vorgefallen.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 15. Dezember 1918. (3. Advent)

Altstädtische evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Jacobi. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst für Schwerhörige im Konfirmandenzimmer, Bäckerstraße 20. Pfarrer Lic. Freytag. Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Pfarrer Jacobi. Abends 6 Uhr Gottesdienst. Pfarrer Lic. Freytag. Kollekte für den Ostdeutschen Jünglingsbund.

Neustädtische evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Superintendent Waubke. Kollekte für den Ostdeutschen Jünglingsbund.

Garnison-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Festungsgarnisonpfarrer von Jaminet. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Amtswoche: Festungsgarnisonpfarrer von Jaminet. — Mittwoch den 18. Dezember 1918, abends 6 Uhr: Betstunde. Festungsgarnisonpfarrer Lic. Reichel.

Evangel.-lutherische Kirche. (Bachestraße). Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Arndt.

St. Georgenkirche. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Johst. Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Nachmittags 5 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Heuer. Kollekte für den Ostdeutschen Jünglingsbund.

Evangel. Kirchengemeinde Rudak-Stewken. Vormittags 9½ Uhr: Predigt-Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Weihnachtsfeier des Jünglings- und Jungfrauen-Vereins im Saale der Frau Immanns-Rudak, wozu jedermann herzlichst eingeladen ist. Pfarrer Schönjan.

Evangel. Kirchengemeinde Gramtschen. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Gramtschen. Pfarrer Beckherrn.

Evangel. Kirchengemeinde Gurske. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Gurske. Pfarrer Basedow.

Evangel. Kirchengemeinde Rentschkau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Rentschkau. Vorm. 11½ Uhr: Sitzung des Gemeindekirchenrats im Pfarrhaus. Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Versammlung der Jungfrauen im Pfarrhaus. Pfarrverwalter Dehmlow.

Evangel. Gemeinde Lulkau-Gostgau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Gostgau. Pfarrer Hiltmann.

Evangel. Kirchengemeinde Gr. Bösendorf. Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdienst Gr. Bösendorf.

Baptisten-Gemeinde Thorn, Heppnerstraße. Vorm. 9½ Uhr: Gebetsstunde. Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst. Prediger Hintze. Vorm. 11½ Uhr: Sonntagsschule. Nachmittags 4 Uhr: Gottesdienst. Derselbe. Nachm. 5½ Uhr: Jugendverein. — Mittwoch den 18. Dezember 1918, abends 7 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Prediger Weffer.

Evangel. Gemeinschaft Thorn-Mocker, Bergstraße 57. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Begrüßung der heimgekehrten Krieger. Prediger Wostimski.

Gemeinschaft für entschiedenes Christentum, Baderstr. 28. Hof-Eingang. Evangel.-Versamml. jeden Sonntag und Feiertag nachm. 4½ Uhr. Bibelstunden jeden Dienstag und Donnerstag, abends 8½ Uhr.

Thorner ev.-krchl. Blaukreuzverein. Nachm. 3 Uhr: Versamml. in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestr. 4, Eingang Gerstenstr. Jedermann willkommen.

Christl. Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 4 Uhr: Jugendabteilung. Abends 7 Uhr: Soldaten und junge Leute.

Am Freitag den 13. d. Mts., vormittags 11½ Uhr, verschied nach kurzem, sehr schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, mein innigstgeliebter, guter Mann, unser herzensgute, treusorgende Vater und Großvater, der

Straßenmeister

Eduard Otto Gall

im Alter von 69 Jahren.

Gr. Bösendorf den 13. Dezember 1918.

In tiefstem Schmerz:

Marie Emilie Gall, geb. Röder, als Gattin,

als Kinder:
Carl Gall, Pol.-Kommiss., Essen-Kettwig,
Theodor Gall, Förster, z. Zt. Rumänien,
Gustav Gall, Kreisverw.-Registrat., Thorn,
Fritz Gall, Prov.-Verw.-Beamt., z. Zt. Sold.,
Clara Newiger, geb. Gall,
Minna Fuhlbrügge, geb. Gall,
Paula Gall.

Tag der Beerdigung wird durch die Zeitung noch bekannt gemacht.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Heimganges unseres geliebten teuren Entschlafenen, sprechen wir Allen hiermit unseren innigsten Dank aus.

Anna Hardt und Kinder.

Für die bei der Krankheit und dem Heimgange meines geliebten Mannes erwiesene Mithilfe und herzliche Teilnahme, hauptsächlich Herrn Pfarrer Johst für die trostreichen Worte am Sarge, sage ich meinen tiefgefühltesten Dank, ebenfalls auch für die schönen Kranzspenden.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Martha Pingel.

Pferdeinteressenten müssen sich schnellstens Pferdekarten besorgen (erhältlich in Danzig beim Polizei-Präsidium, in den anderen Städten bei der Polizei-Verwaltung, für die Landbevölkerung bei den Landratsämtern), oder falls solche bei den ausstellenden Behörden nicht vorrätig sind, Ausweise der Landräte, die anstelle der Pferdekarten treten.

Jedem Käufer darf seitens der betreffenden Behörde nur eine Pferdekarte bezw. nur ein Ausweis verabfolgt werden. Verliert er diese, so wird ihm eine neue Pferdekarte oder ein neuer Ausweis nicht ausgestellt.

Er hat den Schaden selbst zu tragen.

Auf der Pferdekarte bezw. dem Ausweise muß seitens der ausstellenden Behörde vermerkt werden, wieviel Pferde der Käufer kaufen darf, seitens der Pferdeverkaufskommissionen, wieviel er gekauft hat. Auf dem Ausweise ist ein Vermerk zu machen, ob er für eine rote oder eine weiße Pferdekarte ausgestellt ist.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.
Langanke.
Von seiten des Generalkommandos:
Der Chef des Generalstabes.
v. Stülpnagel, Major.

Bekanntmachung.

Anzeigepflicht der Färbereien über eingeliefertes Militärtuch und eingelieferte Militär-Bekleidungsstücke.

Die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1917 IVa 95512 wird aufgehoben.

Danzig, Graudenz, Thorn, den 30. November 1918.

Stellv. Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz u. Thorn.
Der Kommandant der Festung Danzig.

Bekanntmachung.

Vom 15. 12. ab befinden sich die Geschäftszimmer
des Vollzugsausschusses
des Polizei-Meisters
der Presse-Abteilung
der Aufklärungsabteilung und
} des Arbeiter- und Soldatenrats Thorn

das Zentralbüro des Arbeiter- und Soldatenrates im Gouvernements-Dienstgebäude, neustädtischer Markt 21.

Fernsprechverbindung über Fernamt und Kriegszentrale.

Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.
Raube.

Oeffentliche
Versteigerung.

Sonnabend den 14. d. Mts., vormittags von 10 Uhr an, werde ich
6400 Stück kleine Spahnkörbe,
außerdem:
1 Korb Blumenzwiebeln
öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigern.
Versammlung der Käufer bei der Speditionsfirma Rudolf Asch, Brückenstraße, hierselbst, wo auch Muster von den Körben ausliegen.
Thorn den 12. Dezember 1918.
Knauf, Gerichtsvollzieher.

Oeffentliche
Versteigerung.

Am
Dienstag den 17. Dezember, vormittags 9 Uhr, werde ich auf dem Holzplatz des Herrn Kredler in Culmsee in einer Streitsache, für Rechnung dessen, den es angeht,
330 Stück trockene Eichenstangen,
4 m lang,
als Deichseln und Nutzholz, geteilt oder im ganzen, meistbietend gegen Bezahlung versteigern.
Culmsee den 11. Dezember 1918.
Mueller, Gerichtsvollzieher.

Durch die glückliche Geburt einer
Tochter
wurden hocherfreut
Thorn den 12. Dezember 1918.
Sanitätsrat Dr. Kunz und Frau Marie geb. Fuhr.

Elisabeth

Die glückliche Geburt eines
Mädels
zeigen hocherfreut an
Thorn den 10. Dezember 1918
Oberschirrmeister beim Art.-Depot in Thorn Franz Graf und Frau Elisabeth.

Am Dienstag den 17. d. Mts. findet der
Verkauf von Militärpferden
nicht im Festungsfuhrpark, sondern im Pferdelazarett 87, Podgorz, Bockrodtstraße statt.

Außerdem werden dortselbst Wagen und Geschirre meistbietend an Inhaber von Pferdekarten versteigert.

Thorn den 13. Dezember 1918.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat. Goldak. — **Der Landrat des Landkreises Thorn.** Kleemann.

Bekanntmachung.

Betrifft Zwangsabgabe von Speck aus Hausschlachtungen.

(Prov.-Fleischstelle v. 2./12. 18, Tgb. Z. 6773/18 verb. mit 6373/18.)

Von dem durch Hausschlachtung von Schweinen im Winter 1918/19 gewonnenen Fleische ist, wie im Vorjahre, wieder Speck oder Fett an den Kommunalverband abzuliefern. Die Ablieferung ist zwangsläufig und hat im wesentlichen nach den im Kreisblatt Nr. 102 v. 22. 12. 1917 veröffentlichten Bestimmungen zu erfolgen.

Die Menge des abzuliefernden Specks wird dem Selbstversorger nach Erteilung der Erlaubnis zur Hausschlachtung mitgeteilt; es ist also eine angemessene Menge Speck oder Fett zu diesem Zweck zurückzulegen.

Von der Provinzialfleischstelle sind neue Preise für die abzuliefernden Speckarten oder Fett festgesetzt worden. Der Kreis zahlt dementsprechend für

½ kg frischen	Bauchspeck	2,40 Mk.,
½ „ „	Rückenspeck	2,80 „
½ „ „	Liesen (Flomen)	2,80 „

Die im vorigen Jahre eingerichteten Specksammelstellen

Bezirk 1, Culmsee:
Specksammelstelle Schlachthof Culmsee,
Bezirk 2, Thorn:
Specksammelstelle Hausfrauenverein, Thorn, Baderstr.
Bezirk 3, Bösendorf:
Specksammelstelle Molkerei in Gr. Bösendorf,
Bezirk 4, Podgorz:
Specksammelstelle Fleischermstr. Szeczmanski, Podgorz,

bleiben weiterhin bestehen.

Um eine schnelle Ablieferung der pflichtmäßigen Speckmengen herbeizuführen, wird ersucht, nur
frischen Speck oder Liesen
abzugeben. Das Pökeln und Räuchern übernimmt der Kommunalverband. Die Ortsbehörden ersuche ich, Vorstehendes sogleich ortsüblich bekannt zu geben.

Thorn den 9. Dezember 1918.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat. Goldak. — **Der Landrat.** Kleemann.

Rudak.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Versammlung

am Sonntag den 15. Dezember,
abends 7 Uhr,
im Gasthause von Immans.

Thorner Stadt-Niederung.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Versammlung

am Dienstag den 17. Dezember,
abends 5½ Uhr,
in Zalziebo*e***-Krug, bei Janke.**

Deutsche demokratische Partei

für Thorn, Stadt- und Landkreis.

Volks-Versammlung

Freitag den 13. Dezember 1918,
abends 8 Uhr,
im großen Saale des Schützenhauses.

Tagesordnung:
1. Beschleunigung der Einberufung der Nationalversammlung.
2. Besprechung der Wahlordnung.

Daran anschließend eine

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Ergänzung des Ausschusses.
2. Verschiedenes.

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei.

Am Sonntag den 15. Dezember 1918,
mittags 11½ Uhr,
findet im großen Saale des Viktoriaparks eine öffentliche

Gewerkschaftsversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Die gewerkschaftlichen Organisationen.
2. Diskussion.
3. Wahl von Gewerkschaftsvertretern in den Arbeiterrat.

Werte Genossen!

Beim Sturz der alten Regierung hat sich in Thorn ein Arbeiterrat gebildet.

Wir seit Jahren organisierten Arbeiter konnten im Arbeiterrat nicht vertreten sein, da wir uns noch draußen in Feindesland befanden.

In dieser Versammlung wollen wir Vertreter zur Wahrnehmung unserer Interessen wählen.

Zu dieser Versammlung werden auch die noch nicht organisierten Arbeiter zwecks Aufnahme in die zuständigen Organisationen mit eingeladen.

Darum auf zu dieser Versammlung!!

Das Gewerkschaftskartell.

Deutsch-demokratische Partei für Thorn Stadt- und Landkreis.

Oeffentliche Versammlung

Sonntag den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Gasthauses von Marquardt-Leibitsch.

Tagesordnung:
Ziele und Zweck der deutsch-demokratischen Partei.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Am Sonntag den 15. Dezember, 5 Uhr nachmittags, findet bei **Jaschinski**, „Goldner Stern“, Seglerstraße, eine

Versammlung

statt, zu der alle Werkmeister, Bäcker und Konditoren eingeladen werden.

Die Aufklärungs-Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Diejenige Person,
die Mittwoch Abend um 9 Uhr in dem Straßenbahnwagen 22 das braune Handtäschchen aufgehoben hat, wird gebeten, es gegen Belohnung bei **M. Fl[illegible]er**, Brombergerstraße [illegible]

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Dezember	—	—		—	—	—	14
	15	16	17	18	19	20	21
	22	23	24	25	26	27	[illegible]
1919	29	30	31	—		—	
Januar	—		—	1	2	3	[illegible]
	5	6	7	8	9	[illegible]	[illegible]
	12	13	14	[illegible]	[illegible]	17	
	19	20	21	[illegible]	[illegible]		
	26	27	[illegible]				
Februar	—	—					

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Provinzialnachrichten.

Danzig, 11. Dezember. (Verschiedenes.) Die beiden englischen Hilfskreuzer „Coventry" und „Centaur" haben heute Mittag den Danziger Hafen verlassen. — Zu gleicher Zeit traf der berühmte Hilfskreuzer „Möwe", von Libau kommend, mit Truppen und Flugzeugen an Bord im Hafen von Neufahrwasser ein. Morgen werden größere Transporte der deutschen Truppen aus Finnland erwartet. — Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte zur Vornahme von Notstandsarbeiten 500 000 Mark. — Durch Feuer zerstört wurde die Dampfschneidemühle Apreck in Ruckfort. Die Danziger Feuerwehr eilte zu Hilfe, konnte aber die völlige Zerstörung des Dampfschneidemühlengebäudes nicht verhindern.

Danzig, 12. Dezember. (Das Schicksal der Festung Danzig) dürfte wohl in allernächster Zeit entschieden werden, denn wie in der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung mitgeteilt wurde, hat der Magistrat an die neue Regierung und an andere zuständige Stellen eine ausführliche Eingabe gerichtet, um die Schleifung der Wälle, die Danzig noch immer einengen, herbeizuführen. Das Abtragen der Wälle und die Zuschüttung der tiefen Festungsgräben wäre gerade jetzt für die Beschäftigung der Arbeitslosen willkommen. Der Wunsch des Magistrats geht dahin, daß die Regierung der Stadt das Festungsgelände ohne Bezahlung überläßt, wobei darauf hingewiesen wird, daß die preußische Regierung im Jahre 1795 die von der Bürgerschaft erbauten Wälle ohne Gegenleistung konfisziert hat. Das freiwerdende Gelände wird zu Wohnungsbauzwecken dringend benötigt.

Bromberg, 11. Dezember. (Eine Massenkundgebung) für die soziale Regierung und die Festigung des durch die Revolution Errungenen veranstalteten heute Nachmittag die sämtlichen Truppenteile des Standortes Bromberg. Mit Musik und wehenden Fahnen marschierten sie in endlosem Zuge, dem sich immer neue Massen anschlossen, durch die Straßen Brombergs nach dem Neuen Markt, wo von drei Tribünen zu gleicher Zeit Ansprachen an die inzwischen auf weit über 6000 Köpfe angewachsenen Massen gehalten wurden. Redner waren Gewerkschaftssekretär Stössel, Gewerkschaftssekretär Wende und Kamerad Carwatzki. Danach wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Wir anwesenden Soldaten und Einwohner Brombergs und Umgegend verpflichten uns, treu zu der jetzigen Regierung zu halten, und verlangen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Wir wollen uns gegen jeden Einfluß, mag er kommen von rechts oder links, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln wehren. Wir verlangen einen sozialistischen Staat und ebensolche Regierung, und der geloben wir Treue für unser ganzes Leben. — In militärischer Ordnung vollzog sich darauf der Abmarsch nach der Talstraße.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 14. Dezember. Erstürmung italienischer Stellungen auf dem Col Caprile. 1916 Rückzug der Russen aus der großen Walachei. 1915 Abzug der englisch-französischen Truppen von Kap Suvla. 1914 Räumung von Belgrad durch die Österreicher. 1913 Vereinigung der Insel Kreta mit Griechenland. 1875 † Großherzogin Alice von Hessen. 1870 Kapitulation der Festung Montmedy. 1851 † Heinrich Marschner, hervorragender Opernkomponist. 1813 Anfall der Insel Helgoland an England.

Thorn, 13. Dezember 1918.

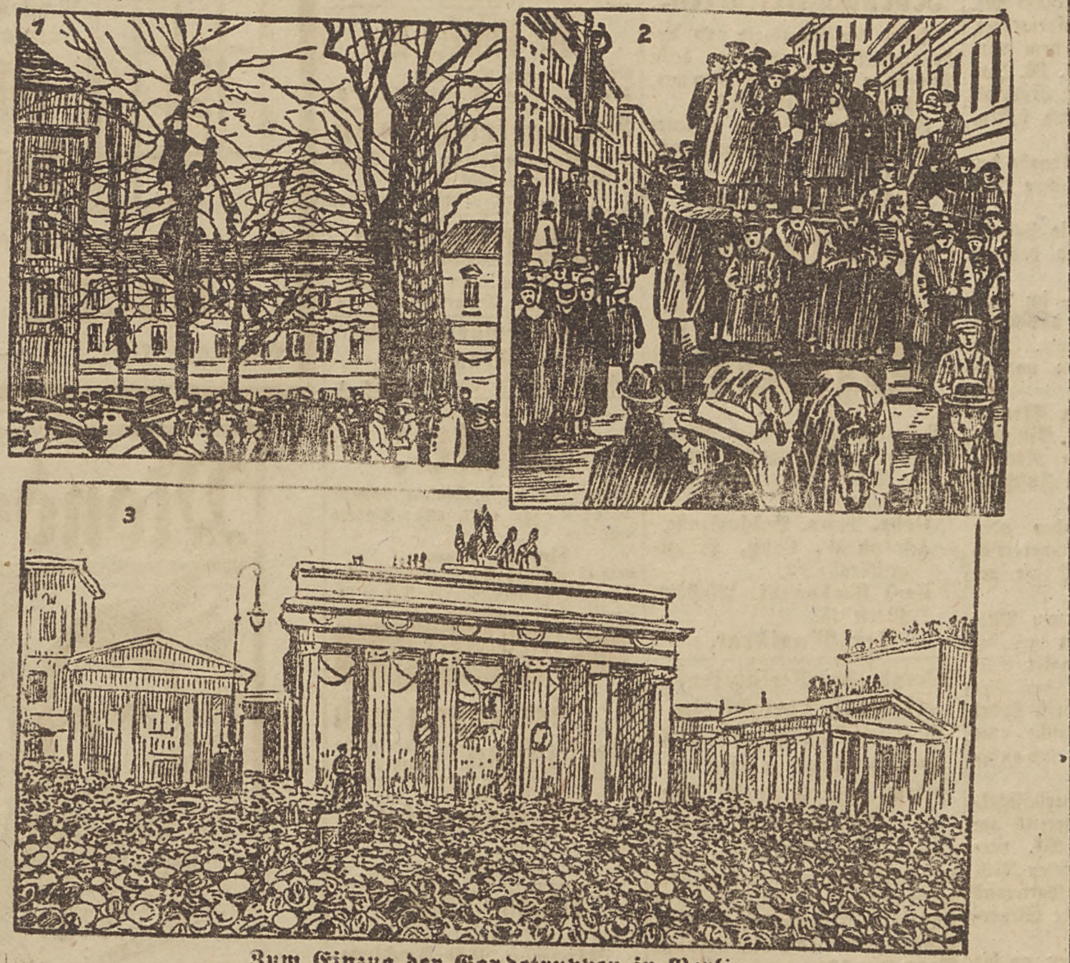
— (Die Wahlvorbereitungen zur Nationalversammlung) sind auch bei den Behörden in vollem Gange. Oberpräsident von Jagow hat für den 2. Wahlbezirk (Provinz Westpreußen) den Oberpräsidialrat von Liebermann zum Wahlkommissar ernannt.

— (Soldatenräte.) Das stellv. Generalkommando, Vollzugsausschuß, in Danzig schreibt: In sehr vielen Ortschaften des Kreises haben sich Soldatenräte gebildet. Laut Verfügung des stellv. Generalkommandos 17. A.-K. sind diese Soldatenräte aufzulösen. Soldatenräte dürfen nur an Orten bestehen, die Truppenverbände, Lazarette oder Kommandobehörden besitzen. Wir ersuchen die Soldatenräte, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die entlassenen Kameraden sind jetzt wieder Arbeiter und Bauern und finden ihre Vertretung in dem örtlichen Arbeiter- u. Bauernräten. Ein besonderer Soldatenrat würde eine doppelte Vertretung der Kameraden bedeuten, und ein Unrecht gegen Arbeiter und Bauern sein. Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates.

— (Aufhebung des Ansiedelungsgesetzes.) Im Rahmen der angekündigten Abbaumaßnahmen der Ostmarkengesetzgebung ergeht folgende Verordnung: „Die preußische Regierung hat folgendes verordnet: § 1. Der § 13b des Gesetzes betr. die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen vom 25. August 1876 (Gesetzsammlung Seite 405) in der Fassung des Gesetzes betr. die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen vom 10. August 1904 (Gesetzsammlung Seite 227) wird hiermit aufgehoben. § 2. Diese Verordnung tritt sofort inkraft. Berlin, den 6. Dezember 1918. Die preußische Regierung: gez. Hirsch, Ströbel, E. Ernst. Adolf Hoffmann. Rosenfeld.

— (Die Frage des polnischen Sprachunterrichts.) Aus dem Kultusministerium geht dem W. T.-B. folgende Mitteilung zu: In verschiedenen Zeitungen ist davon die Rede, dem polnischen Abgeordneten von Trampczynski sei bei seinem jüngsten Besuch im Kultusministerium von den Ministern Haenisch und Hoffmann ein sofortiger Erlaß über die künftige Stellung der polnischen Sprache im Unterricht usw. zugesichert worden. Die Blätter teilen sogar den angeblichen Wortlaut dieses Erlasses mit. Demgegenüber wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß von einem derartigen Erlaß im Kultusministerium nicht das mindeste bekannt ist.

— (Abgabe von Arznei- und Verbandmitteln ꝛc.) Die Sanitätsämter sind angewiesen worden, zur Deckung dringlichen Bedarfs der Zivilbevölkerung, soweit es der Bedarf des Heeres zuläßt, aus Beständen der Heeresverwaltung Arznei-, Desinfektions- und Verbandmittel, ärztliche Geräte usw. zu angemessenen Preisen an Selbstverbraucher (Krankenhäuser) und berufsmäßige Wiederverkäufer (Apotheken, Drogenhandlungen) abzugeben. Die aus dem Heeresdienste ausscheidenden Ärzte, Zahnärzte, Zahntechniker und Militär-Apotheker können die zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit erforderlichen Geräte usw. ebenfalls aus Heeresbeständen erhalten. Anträge sind an das nächstgelegene Sanitätsamt ihres Entlassungs- oder künftigen Wohnortes zu richten.



Zum Einzug der Gardetruppen in Berlin.
1. Baumgäste. 2. Zuschauer auf einem Wagen. 3. Am Brandenburger Tor.

Es gab wohl keinen unter uns, der sich in den langen Kriegsjahren, wenn dermaleinst der Weltbrand gelöscht sein würde, den Einzug unserer Truppen in die Reichshauptstadt nicht ganz anders vorgestellt hätte, als er tatsächlich vor sich ging. Indessen — geschehene Dinge lassen sich nicht ändern: Eine herzliche Freude lag doch trotz des trüben Dezembertages über Berlin, als die mit Blumen und Nationalfahnen geschmückten Krieger endlich in die Heimat zurückkehrten. Eine unendliche Menschenmenge hatte sich eingefunden, um denen, die Haus und Heimat geschützt hatten, den ersten Willkommensgruß zu bieten. Und vaterländische Lieder ertönten und jedem einzelnen Soldaten sah man das Glück an, das ihn im innersten Herzen beseelte, nun am trauten Herde wieder Weib und Kind oder Eltern und Angehörige begrüßen zu dürfen. Feierliche Ansprachen wurden gehalten, in denen der unauslöschliche Dank, den wir allen den Tapferen schulden, zum Ausdruck kam, und wenn die Berliner auch nicht viel hatten, um den heimkehrenden Truppen einen festlichen Tag zu veranstalten, so gaben sie das Wenige doch aus freudig bewegtem, von Dankbarkeit erfülltem Herzen. Jeder wollte an dem altehrwürdigen Brandenburger Tor möglichst viel sehen, und wer keine andere Gelegenheit fand, sein Schaubedürfnis zu befriedigen, der erkletterte einen Baum, oder er benutzte irgendeinen Wagen, um von erhöhter Stelle all den Jubel zu sehen, der trotz alledem die Massen bewegte und erfüllte.

Zweite Versammlung der kaufmännischen Angestellten in Thorn.

Am Donnerstag Abend 7 Uhr fand im Saale des Offizierkasinos Inf.-Regts. 176 in der Seglerstraße die zweite Versammlung kaufmännischer Angestellten statt, welche vom Soldatenrat einberufen war. Nach Begrüßung der zahlreichen, Saal und Logen füllenden Teilnehmer, etwa zur Hälfte weibliche Angestellte und Hilfskräfte, sprach Herr Meseke über die Lage der Angestellten, die überaus traurig sei. Die Gehilfen glaubten zwar im Standesdünkel, mehr zu sein als die Arbeiter, seien bei einem Stundenlohn von 90 Pfg. aber schlechter gestellt als diese, nicht zu reden von den niedrigen Gehältern der weiblichen Hilfskräfte. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband habe die Interessen der Angestellten ungenügend vertreten. Der Soldatenrat als die herrschende Macht wolle helfend zur Seite stehen. Schließen Sie sich an den Zentralverband an; wenn Sie das gesamte Proletariat hinter sich haben, wird der Erfolg nicht fehlen. Herr Lenartowicz: Die gestern gewählte Kommission hat beschlossen, nicht mit dem Soldatenrat zusammen, sondern selbständig zu handeln. Sollte die Versammlung diesen Entschluß nicht gutheißen, geben wir Ihnen das Mandat zurück. Herr Misdalski: Der Zentralverband, für den hier Stimmung gemacht wird, ist nur ein kleiner Verein der Angestellten der sozialdemokratischen Konsumvereine. Wenn der D. H. V. in dem Kampfe, den ich 17 Jahre lang in vorderster Reihe mitgekämpft, wenig erreicht hat, so ist zu bedenken, daß die Sozialdemokratie auch nichts erreicht hat; es konnte eben nicht mehr erreicht werden. Aber die Anfeindungen, denen der D. H. V. ausgesetzt war, zeigen, daß dieser Verband die Interessen der Angestellten mit besonderer Energie vertreten hat. Die Angestellten der Konsumvereine sind von der Partei auch schlecht bezahlt worden. Bei einer Verschmelzung der freien Hilfskassen mit den Ortskrankenkassen, wie sie auch der Zentralverband erstrebe, würden die kaufmännischen Angestellten stark benachteiligt sein. Der Zentralverband will auch die Angestelltenversicherung herunterreißen. Erwägen Sie, ob Sie sich diesem anschließen wollen. Der Soldatenrat kann jetzt zwar z. B. völlige Sonntagsruhe einführen. Wenn aber die Nationalversammlung dann anders beschließt, erleben wir nur eine Enttäuschung. Warten wir daher, um Reformen auf gesetzlichem Wege zu erzielen. Wir dürfen aber keine übertriebenen Forderungen stellen. Wenn 7.20 Mark täglich das Mindestgehalt sein soll, müßten die höheren Stellen noch bedeutend besser bezahlt werden. Die Frage ist, ob wir denn den Ast nicht absägen, auf dem wir sitzen. Die schwachen Kräfte, die gestern dem Soldatenrat zujubelten, würden die ersten sein, die entlassen würden. Sie würden dann dem Proletariat anheimfallen, und das werde wohl von der Sozialdemokratie gewünscht. Die kaufmännischen Angestellten sind aber das Mittelglied zwischen Chef und Arbeiter. Sie sollen sich organisieren, aber nur innerhalb der kaufmännischen Verbände, die im Begriff sind, sich zu einem großen Verbande zusammenzuschließen. Wenn auch die Verbände der weiblichen Angestellten diesem Beispiele folgen, bilden wir eine Macht, die stark genug ist, billige Forderungen durchzudrücken. (Bravo! und Händeklatschen.) Herr Rosenthal bemerkt, daß der Entschluß der Kommission, nicht mit dem Soldatenrat, sondern selbständig zu handeln, von ihm ausgegangen sei. Herr Sokolowski: Die Ausführungen des Vorredners beweisen, daß die Herren Sie nicht vertreten können. Wir hatten keine Forderungen aufgestellt, aber 120 Mark sei ein zu geringes Gehalt; ein Junge in der Fabrik habe mehr. Alle größeren Geschäfte haben gut verdient und können mehr zahlen. Daß wir Agitation für die Sozialdemokratie treiben, bestreiten wir nicht. Wir wollen aufklären für die Wahlen. Es muß eine Regierung zustande kommen, die für das arbeitende Volk sorgt. Die Demokraten haben dies nie getan. Wenn diese jetzt ihr soziales Herz entdecken und sogar der Sozialisierung der Betriebe geneigt sind, so ist das nur Stimmenfang. Die demokratische Partei denkt nicht daran, das auszuführen. Nur wenn Sie sich in unserem Sinne organisieren, werden Sie Forderungen durchsetzen, bei denen Sie ehrlich und anständig bleiben können. (Bravo! und Händeklatschen.) Herr Misdalski weist noch einmal die Mitwirkung des Soldatenrats zurück, da dessen Mitglieder mit den kaufmännischen Verhältnissen nicht vertraut seien und nicht beurteilen könnten, ob Forderungen erreichbar oder übertrieben seien. Sprecher verliest sodann folgende Entschließung:

Die Thorner Handelsangestellten lehnen die Bevormundung durch den Arbeiter- und Soldatenrat bei der Lösung ihrer Standesfragen ab. Sie sind der Meinung, selbst mündig zu sein und am besten beurteilen zu können, welche Forderungen sie stellen müssen und können, um ihre Existenz auf die Dauer zu sichern. Die heutige, vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufene Versammlung ist lediglich eine Werbeversammlung für den sozialdemokratischen Zentralverband, der in Anbetracht seiner geringen Mitgliederzahl und seiner im Laufe der letzten Jahrzehnte bewiesenen Unfähigkeit in der Vertretung der Interessen der Handelsangestellten nicht als die richtige Vertretung dieser Berufsklasse angesehen werden kann.

Herr Lenartowicz fordert, daß nur Befugte an der Abstimmung teilnehmen, nicht aber Lehrlinge und Soldaten. Bei diesen Worten entsteht ein Aufruhr, und Soldaten dringen, einer mit erhobenem Stuhl, auf den Redner ein. Die erschreckten weiblichen Versammlungsteilnehmer suchten vergebens den Saal zu verlassen, da der einzige Ausgang durch die Redner besetzt war. Nachdem die Aufgeregten durch Herrn Wohlfeil beschwichtigt und Herr Lenartowicz die Erklärung abgegeben, daß ein Mißverständnis vorliege, da er nur gemeint habe, die Soldaten, die nicht kaufmännische Angestellte seien, dürften nicht mitstimmen, fordert Herr Sokolowski auf, die Entschließung abzulehnen. Bei der Abstimmung erklärte sich etwa 40 Stimmen im Saal und in den Logen für die Entschließung, während von den Gehilfinnen im Saal, anscheinedn unter dem Eindruck der tumultuarischen Szene, niemand dafür stimmte. Die Gegenprobe ergab dann eine große Mehrheit gegen die Entschließung. Herr Sokolowski: Ich stelle fest, daß Sie damit Ihr volles Vertrauen zum Soldatenrat ausgedrückt haben. Auf seinen Vorschlag wird eine Kommission gewählt, bestehend aus fünf Gehilfen und drei weiblichen Angestellten, welche einen Lohntarif ausarbeiten und diesen in einer Versammlung vorlegen soll, die in nächster Woche einberufen werden wird.

Eingesandt.

(Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Dem Herrn „Abonnenten" und Verfasser des Eingesandts in Nr. 291 zur gefälligen Kenntnis, daß er sich im Irrtum befindet. Durch die gegenwärtigen enorm gesteigerten Teuerungsverhältnisse und die letzte Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats in Thorn, welche Lohnerhöhungen bedingt, die im Stadttheater z. B. bis zu 65 Prozent erreichen, war die Direktion genötigt, zur Deckung der gesteigerten, durch die außerordentlichen Verhältnisse hervorgerufenen Lasten, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, die Bewilligung eines Kriegszuschlages nachzusuchen. Es handelt sich absolut um keine Preiserhöhung, sondern, wie im Inserat vom 9. d. Mts. ausdrücklich vermerkt war, um einen Kriegszuschlag, der bis auf weiteres erhoben wird. Dieser Kriegszuschlag ist seitens der vorgesetzten Behörden des Magistrats, sowie durch den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Thorn genehmigt und gilt vom Moment der Bekanntmachung ab. Der Herr „Abonnent" ist dadurch nicht benachteiligt, denn der Kriegszuschlag wird für alle Billetts erhoben. Infolgedessen bleibt die gewährleistete Ermäßigung unverändert bestehen.

Die Direktion.

•

Die achtstündige Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags ist gewiß im allgemeinen eine erfreuliche Erscheinung; aber was soll werden, wenn auch die Geschäfte dauernd nur von 8—4 Uhr offen halten? Wann soll der Arbeiter seine Besorgungen erledigen? Man hat doch schließlich auch noch andere Bedürfnisse als Lebensmittel. Bei den jetzigen Zuständen ist man auf den Sonnabend angewiesen. Das ist doch eine üble Lage, die eine Änderung notwendig macht. Was gedenkt die hohe Polizei zu tun?

L.

•

Ich möchte mal anfragen, wie sich die Sache verhält mit den polnischen 20 Pfg.-Stücken. Es sind dieser sehr viele im Umlauf; von verschiedenen Kaufleuten Thorns werden sie wohl ausgegeben, aber nicht in Zahlung genommen. Ebenso nicht von der Thorner Straßenbahn. Warum werden dagegen die polnischen 10 Pfg.-Stücke angenommen? Es muß doch mal Aufklärung darüber gegeben werden. Viele Thorner Bürger werden geschädigt, wenn man die Annahme der polnischen 20 Pfg.-Stücke verweigert. Warum wird überhaupt solch ein Geld in Verkehr gesetzt?

Ein Bürger.

•

Auf die Anfrage in voriger Nummer zur Antwort, daß die in der Garnison stehenden Truppen nur 30 Gramm Fleisch pro Tag erhalten. Löhnung erhalten die Truppen in der alten Höhe; die Wachmannschaften erhalten für 24 Stunden 4 Mark. —*.

Mannigfaltiges.

(Schiffahrtseinstellung auf der Elbe.) Wegen Kohlenmangels wird nächster Tage die gesamte Elbdampfschiffahrt Sachsens eingestellt werden.

(Die rote Fahne eingezogen.) In Oelde im Münsterlande teilt der A.- und S.-Rat der Presse mit: „Um den Andersgesinnten in Oelde Entgegenkommen zu zeigen, haben wir uns entschlossen, von morgen ab die roten Fahnen in Oelde einzuziehen."

Abtrennen und aufbewahren!

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Thorn.

— — 13. Dezember 1918.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Steuerveranlagung für das Steuerjahr 1919.

Aufgrund des § 25 des Einkommensteuergesetzes wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. veranlagte Steuerpflichtige im Stadtkreise Thorn aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit **vom 4. bis einschl. 20. Januar 1919** dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig durch Einschreibebrief.

Mündliche Erklärungen werden im Steuerbüro — im Rathause 2 Treppen, Zimmer 51 — werktäglich **während der Vormittags-Dienststunden** zu Protokoll entgegengenommen. Hier wird auch den Steuerpflichtigen, die in Zweifelsfällen nachzusuchende Belehrung bereitwilligst erteilt.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, hat gemäß § 31, Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes neben der im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren endgiltig festgestellten Steuer einen Zuschlag von 5 Prozent zu derselben zu entrichten.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil, der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgegeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben.

Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Berücksichtigung gemäß § 71 a. a. O. erwarten, mögen sie bereits im Vorjahre nach einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. veranlagt gewesen sein oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist eine die nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinns aus der Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltende Steuererklärung einreichen.

Die Formulare zu den Steuererklärungen werden an die Steuerpflichtigen abgesandt werden.

Formulare zu Steuererklärungen werden außerdem im Steuerbüro auf Verlangen **kostenlos** verabfolgt.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung kann nur ausnahmsweise auf hinreichend begründeten Antrag verlängert werden und zwar im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung der Veranlagungsarbeiten **spätestens bis zum 15. Februar 1919.**

Um Rückfragen möglichst zu vermeiden, wird dringend empfohlen, die Steuererklärung durch Ausfüllung der Seiten 3 und 4 des Vordrucks zu erläutern.

Alle **Eingaben** sind unter Fortlassung jeder persönlichen Bezeichnung, insbesondere des Namens, lediglich zu adressieren: **An den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission für den Stadtkreis Thorn, Postamt 1.**

Thorn, im Dezember 1918.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission für den Stadtkreis Thorn.
In Vertretung: **Stachowitz.**

Abgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 16. bis 28. Dezember 1918 können auf Lebensmittelkarte in den städtischen Verkaufsstellen und in kaufmännischen Geschäften bezogen werden:

auf Abschnitt Nr. 14 J:	**125 gr Nudeln,**	**Höchstpreis 66 Pfg. für 1 Pfund,**
„ „ „ 15 J:	**125 gr Gries,**	**Höchstpreis 48 Pfg. für 1 Pfd.,**
„ „ „ 16 J:	**125 gr Suppen,**	**Preis 1 Mk. für 1 Pfund, oder 1 Suppenwürfel, Preis 10 Pfg. für 1 Stück,**
„ „ „ 17 J:	**200 gr Kaffee-Ersatz,**	**Preis lt. Aufdruck auf der Verpackung.**
„ „ „ 18 J:	**500 gr. Sauerkohl,**	**Preis 33 Pfg. für 1 Pfund,**
„ „ „ 19 J:	**2 Päckchen Honigkuchen,**	
„ „ „ 20 J:	**2 Päckchen Honigkuchen,**	**Preis 35 Pfg. für 1 Päckchen.**

Der Honigkuchenverkauf beginnt erst am Mittwoch den 18. Dezember.

Marmelade oder Kunsthonig werden aufgerufen, sobald diese eingegangen sind.

Alle hier aufgerufenen Abschnitte verlieren mit dem 28. Dezember 1918 ihre Giltigkeit.

Ohne Marken werden in den städtischen Verkaufsstellen abgegeben: Geflügelfutter in beliebiger Menge zum Preise von 30 Pfg. für 1 Pfund, ferner Brühwürfelextrakt, Ersatzbrühwürfel, Tafelsenf, Dörrzwiebeln, Salz und verschiedene Gewürze.

Thorn den 11. Dezember 1918.

Der Magistrat. **Der Arbeiter- und Soldatenrat.**

Ausgabe von Vollmilch.

Die geringen Einlieferungen von Vollmilch machen es zur Notwendigkeit, daß die auf Milchkarten auszugebenden Mengen wie folgt gekürzt werden.

Es werden ausgegeben:

statt	½ Liter	¼ Liter,
„	¾ „	½ „
„	1	¾ „
„	1¼	¾ „
„	1½ „	1 „
„	1¾ „	1¼ „
„	2 „	1½ „

Höhere Mengen werden um ein Viertel der bezugsberechtigten Menge gekürzt.

Die Milch auf Säuglingskarten muß ungekürzt ausgegeben werden.

Die Milchverkaufsstellen sind nur berechtigt, soviel Milchmarken in Empfang zu nehmen, als sie Milch tatsächlich ausgeben; die danach nicht zu beliefernden Marken sind mitzubringen und von den Verkaufsstellen zu entwerten.

Thorn den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat. **Der Arbeiter- und Soldatenrat.**

Hausbesitzer!

Schützt Wasserleitungsanlagen im eigenen Interesse vor Frost!

Wasserwerksverwaltung.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte. Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hungerleiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Krieger und deren Angehörige erhalten durch unsere Vermittlung

Möbel

Wohnzimmer, Küchen u. Schlafzimmer zu Vorzugspreisen.

Die Möbel sind ausgestellt bei den Firmen
Gebr. Tews, Brückenstraße,
Adolph W. Cohn, Heiligegeiststraße 12,
Paul Borkowski, Neustädt. Markt 25.

Der Magistrat.

Abgabe der Umsatzsteuererklärung über die im Monat November 1918 vereinnahmten steuerpflichtigen Entgelte für Luxussteuer.

Aufgrund des § 45 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 **sind die Umsatzsteuererklärungen über die im Monat November 1918 vereinnahmten steuerpflichtigen Entgelte für Luxusgegenstände** dem unterzeichneten Umsatzsteueramte, Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 48, einzureichen oder die erforderlichen Angaben an den Wochentagen, vormittags zwischen 9—12 Uhr, mündlich zu machen.

Die Vordrucke können bei dem unterzeichneten Steueramte kostenlos in Empfang genommen werden.

Nach § 17, Abs. 5 des obengenannten Gesetzes kann dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, ein Zuschlag bis zehn vom Hundert der endgiltig festgestellten Steuer auferlegt werden.

Thorn den 11. Dezember 1918.

Der Magistrat, Warenumsatzsteueramt.

Offene Stellen

1 Klavierspieler und 2 Geiger

für dauernd sofort gesucht.
ODEON.

Klavier- und Geigenspieler
werden dauernd für Sonnabend und Sonntag gesucht.
Angebote unter **J. 4234** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Malerlehrling
stellt ein **L. Zahn.**

Schlosserlehrlinge
sofort gesucht.
Block, Heiligegeiststr. 6

Eine Verkäuferin
sofort oder später gesucht.
Isidor Simon, Altst. Markt.

Lehrfräulein
für mein Kontor sofort gesucht.
A. Irmer,
Culmer Chaussee 1.

Wirtschafterin,
für besseren, frauenlosen Haushalt nach Thorn spätestens zum 1. Januar 1919 gesucht. Gefl. Angebote mit Angabe des Alters, bisheriger Tätigkeit, Gehaltsansprüchen erbeten unter **L. 4211** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Germaniasaal,
Mellienstraße 106.
Suche junges, nettes Mädchen für alle Hausarbeit, das auch im Geschäft mithilft, auch durch Vermittelung von sof. oder 1. Januar.
Paul Kurzbach.

Aufwärterin
für zwei Stunden vormittags gesucht. Sonntags frei.
Katharinenstraße 4 Hof. 3.

Aufwärterin
für den ganzen Tag sucht
Boettcher, Brauerstraße 1. 2

Aufwartemädchen
oder Reinmachefrau für Nachmittag sofort gesucht.
Mellienstraße 101. 1, r.

Aufwartemädchen
für nachmittags kann sich melden.
M. Kristopeit Culmer Chaussee 44

Aufwartemädchen oder Frau
gesucht. Bergstraße 2 2 Tr. r.

Suche:
Stütze, Köchinnen, Stubenmädchen, Mädchen für alles und Kindermädchen.
Emma Baum.
gewerbsmäßige Stellenvermittlerin.
Thorn, Coppernikusstr. 25 Tel. 1014

Verkäufe

Ein Herrenpelz und ein Fußsack ist zu verkaufen
Windstr. 1

Halblanger, schwarzer
Wintermantel,
Größe 44, zu verkaufen.
Talstraße 43, ptr. r.

Pelzhose, Pelzjacke
billig zu verkaufen.
Mintner, Möbelhandlung
Gerechtestraße 30.

Zu verkaufen:
Gehrockanzug, National-Registrier-Kasse, Eiserner Ofen, Schreibpapier, Ansichtskarten, Kantinenwaren.
Reinhold Schwarz, Thorn-Mocker, Lindenstraße 40a

Jüngl.-Ulster,
gut erhalten, für 18—20jähr. zu verkaufen. Graudenzerstr. 80 ptr. r.

Hausblusen und Schürzen sind zu verkaufen
Waldstr. 31, pt. l.

Verkaufe:
ein Klavier, fast neu, Friedensware einen neuen, stark. Handwagen, 17 prima Bienenvölker in Kasten u. Korben Honigschleuder Aufsatzkasten mit Waben, alle anderen Bienengeräte
Jekutsch,
Griffen bei Culmsee.

Wassergummistiefel!
Verkaufe meine neuen Gummistiefel. Dieselben eignen sich für Fischer oder Tiefbauten, da dieselben bis zur Hüfte reichen. Preis 400 Mk.
Schönsee Schulstraße 2 part.

Ein Paar gut erhaltene
Arbeits-Schaftstiefel,
Größe 40, 30 Mk., zu verkaufen.
Graudenzerstraße 80, ptr. r.

Ein Paar neue, weiße
Damenschuhe,
Größe 40, zu verkaufen
Gerechtestraße 30, 2 Tr.

Gut erhaltene
Nähmaschine
billig zu verkaufen
Strobandstraße 4, pt. r

Zu verkaufen
Nähmaschine und einige Barbierstühle
Kleine Marktstraße 4.

---

20 gute, eiserne
Bettgestelle
zu 15 und 20 Mk. zu verkaufen.
Mintner, Möbelhandlung
Gerechtestraße 30

Neuer Nähtisch,
nußb. um. zu verk. Seglerstr. 11, 1.
Besichtigung von 1—3 Uhr.

---

1 Ecksopha, 1 großer Spiegel, mehrere Bilder, 1 Korbsessel (Großvaterstuhl), 1 gr. Puppe und eine kleine, u. a. m.
zu verkaufen Waldstr. 7a, pt.

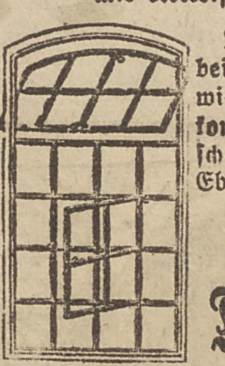
Ein Sopha
zu verkaufen. Zu erfragen
Culmer Chaussee 58.

Gardinenstoff
(2 Fenster) zu verkaufen. Angebote unter **N. 4238** an die Geschäftsstelle der „Presse"

Zu verkaufen: ein gut erhaltenes
Schaukelpferd, Spielsachen für Knaben, 2 Damenwinterjaketts.
Kübner, Podgorz, Ringstraße, Nähe von Wache 2.

Erste Thorner Eisenbau-Anstalt

mit elektrischem Kraftbetrieb.



Nachdem die Munitionsarbeiten eingestellt sind, habe wieder alle Leute für **Eisenkonstruktion** und **Bau von schmiedeeisernen Fenstern** frei. Ebenso werden

Schmiede- und Dreher-Arbeiten

sorgfältig ausgeführt.

Georg Doehn

Gegründet 1891. — Fernsprecher 249.

Mond-Extra



Mond-Extra-Klingen
Rasierapparat mit gebogener Klinge
empfiehlt
Paul Tarrey
Telephon 138. Altstädt. Markt 21.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in

Sprechmaschinen und Platten.



Sämtliche neuen Schlager stets vorrätig.

Zithern, Mandolinen, Guitarren, Lauten, Violinen, Mundharmonikas und Ziehharmonikas in größter Auswahl.

Elektrische Taschenlampen,

nur Ia Batterien, größte Brenndauer.

Feuerzeuge, Rasiermesser, Rasierapparate und Zubehör, Taschenmesser, Scheeren, Zigarren- und Zigarettenetuis.

Alex Beil, Culmerstr. 4.

Eigene Reparaturwerkstatt im Hause.

Für den Weihnachtstisch

empfehle preiswerte

Punsche, Liköre usw.

Langkutsch, Friedrichstraße 6.

Reichhaltige Auswahl in

Christbaumschmuck

empfiehlt

Gustav Heyer,

Breitestraße 6. — Fernruf 517.

Ende der Woche trifft ein Waggon

Weihnachtsbäume

ein und werden Bestellungen zurzeit angenommen.

Schankhaus 3, an der Eisenbahnbrücke.

Eine große, gut erhaltene
Eisenbahn und Pferdestall
zu verkaufen
Brombergerstraße 72, 2 Tr., l.

Eiserner Stuhlschlitten
und Schlittschuhe, Nr. 23, zu verkaufen
Thorn-Mocker, Bergstr. 22a, pt., l.

Alkoholhaltigen
Rotweinpunsch
empfiehlt **Heinrich Netz.**

Neu eingetroffen ein großer Posten
Straßenbesen
aus Birkenstrauch Ersatz für Piassava.
Gustav Heyer,
Rathausgewölbe 6. — Fernruf 517.

Roßhaarhaubennetze
gr. Stirnnetze, Haubennetze, Zöpfe, moderne Haargestelle sehr billig.
Araczewski,
Culmerstr. 24.

Weihnachtsgeschenke für Kinder:
Eisenbahnen, Schienen, Bahnhöfe, große Straßenbahn und Kindermöbelwagen, Krokettspiel Rollschuhe, Schlittschuhe, Gesellschaftsspiele, Bücher, Baukästen usw., billig zu verkaufen. Besichtigung von 6—7 Uhr abends. Mellienstraße 5, 2.

Bleisoldaten
zu verkaufen (Hartblei). Zu erfragen Schloßstraße 2.

Gute Geige und zweireihige Wiener Ziehharmonika
preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Restaurant „Zum gold. Frieden", Thorn-Mocker, Königstraße 16.

Grammophon mit Platten und Konzert-Geige
billig zu verk. **Mocker**, Bergstr. 22a, Eing. Prinz Heinrichstr., pt., zweite Tür rechts.

Grammophon,
gebr., mit 42 Platten (Weihnachtslieder, Märsche, Volkslieder, mod. Stücke), billig zu verkaufen.
Heise, Mellienstraße 80, 4.

Gewehrfutteral (Leder neu) Jagdbüchse (neu)
8 mm mit Mehrladeeinrichtung, für Hochwild geeignet, billig zu verkaufen, ebenso gebr. Arbeitsstiefel.
H. Schiemann, Schlachthausstraße 24.

Zu verkaufen:
10 Geweihe, Baumständer, Schultornister (Leder), Puppenstube Kaufladen, großer Kochherd, Schlittschuhe, 22—24, Turnringe u. andere Spielsachen Breitestraße 37. 4.

Zu verkaufen:
1 elektr. 3armige Krone, mehrere Paar Gummischuhe, 1 3flammiger Gaskocher, 3 gute Rohrstühle, ein hübscher Stuhltisch Lindenstr. 45.

Kinderstuhlschlitten
weiß, fast neu, zu verkaufen.
Culmer Chaussee 1.

Ein Paar Damenschlittschuhe, Nr. 27, 1 guterhalt. Gehrock
zu verkaufen. Abends nach 6 Uhr.
Tuchmacherstraße 6, 2.

Vernickelte Schlittschuhe,
Größe 23, zu verkaufen
Jakobsstraße 13, 2 Tr.

Einige Mille gute
Zigarren und Zigaretten,
auch kistenweise, hat billig abzugeben.
Anfragen unter **Q. 4166** an die Geschäftsstelle der „Presse".

---

20 Stck. Kohlenkörbe, neu, 6 Kisten, 1 eisernen Kochherd
zu verkaufen.
Bonk, Brückenstraße 22.

Eine Rübenpresse
steht zum Verkauf
Tuchmacherstraße 26.

Ein Dogkart
zu verkaufen.
Angebote unter **W. 4222** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Offizier-Reitzeug,
nickelplattiert, verkauft
Hauptmann v. R. Mielke, Mellienstraße 54, 3.

---

2 mittelgroße, flotte
Ponnyfüchse
ca. 8jährig, (Passer), verkauft preiswert
Heuer, Roßgarten, Kr. Thorn.

Eine hochtragende
Kuh
verkauft **Dr. Horst**, Podgorz.

---

6 fette, junge Hühner
zu verkaufen.
Fr. Hein, Hofstraße 8.

Wer möchte mit mir vom 1. März oder April mit meiner 2 Zimmer-Wohnung mit Gasbeleuchtung von der Bromberger Vorstadt nach der Stadt tauschen? Wohnung in der Stadt kann 3—4 Zimmer groß sein. Angebote unter **M. 4212** an die Geschäftsstelle der „Presse".